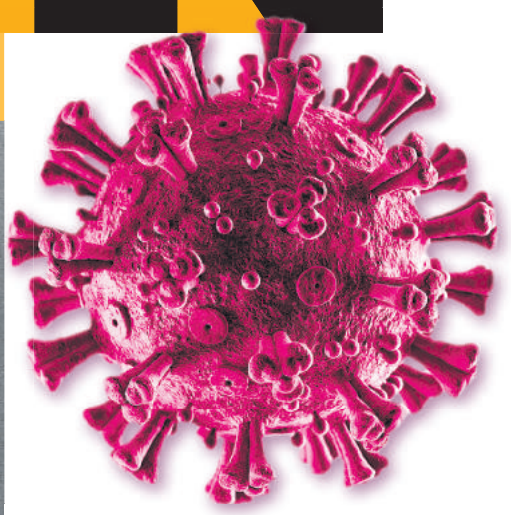
AZA 3000 BERN 15 NR. 10 | 29. MAI 2020 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA work
DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

Pflegerin Lea Daum: Corona-Welle auf der Demenzstation. Seite 3



9 Seiten zur Corona-Krise

+++ Das verrückte Leben von **Beizer Suresh** und wie er die Krise meistert +++ Neue **Lockerungen** +++ Beizen bezahlen teuer für **Hauruck-Öffnungen** +++ Darum braucht es einen nationalen **Härtefallfonds** +++ So killt die **Corona-Krise** Jobs +++ Wie der Virus in **Brasilien** wütet +++ Und vieles mehr auf den Seiten 2–8 und 16–17

Nie mehr!

Firmakonkurs?

Viele Firmen werden die Corona-Krise trotz aller Unterstützung nicht überleben. Das müssen Lernende im Fall eines Konkurses wissen. Grosser work-Ratgeber. Seiten 16–17

Grosser work-Schwerpunkt: **50 Jahre Schwarzenbach-Initiative – 50 Jahre Fremdenfeindlichkeit.** Seiten 9–13

Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Wir Gewerkschaften haben unsere Lektion gelernt: Solidarität!» Seite 20

HEIMREISE: Italienische Saisonniers am 23. April 1963 am Hauptbahnhof Zürich.

FOTOS: YOSHIKO KUSANO, KEYSTONE, GETTY

workedito
Marie-Josée Kuhn

MACHEN FRAUEN ES BESSER?

Führen Frauen in der Corona-Krise besser als Männer? Weil sie umsichtiger regieren? Und so sozialisiert sind, dass sie «ökonomisch, medizinisch und sozial vorausschauender» sind als Männer? Das fragte kürzlich die britische Tageszeitung «The Guardian». Und verglich die Zahl der Corona-Toten in verschiedenen Ländern. Und tatsächlich: In den vorbildlichsten Ländern mit bisher wenig Corona-Opfern regieren durchs Band Regierungschefinnen. Allen voran Jacinda Ardern, die Premierministerin von Neuseeland. Sie reagierte früh und entschieden auf den Virus. Und wandte sich dann regelmässig mit «Bleiben Sie zu Hause und retten Sie Leben!»-Videobotschaften vom heimischen Sofa aus via Facebook an die Nation. Mahnte zu Vor- und Rücksicht und zur Solidarität. Sie hat sich damit viele Fans geschaffen. Aber auch Dänemark, Island, Taiwan, Norwegen und Finnland sind von Frauen regiert und schneiden bei der Corona-Bewältigung gut ab.

Junge Frauen regieren die Länder mit den wenigsten Corona-Toten.

AMERICA FIRST. *Anders die USA und Brasilien. Sie werden von Macho-Grossmäulern und Corona-Lügnern angeführt. Donald Trumps «America first» bewahrheitet sich jetzt ausgerechnet bei den Corona-Todesfällen. Die USA sind tragische Weltspitze, dicht vor Jair Bolsonaros Brasilien. Im grössten lateinamerikanischen Land verbreitet sich inzwischen nicht nur der Virus hemmungslos, sondern auch der Hunger. Wie die work-Reportage aus der grössten Stadt, São Paulo, eindrücklich zeigt (Seite 7). Und trotzdem behauptet Faschist Bolsonaro von Corona immer noch, es sei nur eine «kleine Grippe».*

LANDESMÜTTER. *Selbstverständlich gibt es im Kampf gegen Corona mehr zu berücksichtigen als die Geschlechtszugehörigkeit der Regierungsspitze. Das Länderrating des «Guardian» ist deshalb etwas krude. Es riecht auch ein bisschen nach dem alten patriarchalen Lied von der natürlichen Bestimmung der Frau zur «Fürsorgerin und Mutter». Und darum auch zur umsichtigen Landesmutter. Denn es gibt ja auch Landesväter, die ihre Corona-Aufgaben nicht schlecht lösen. Wie zum Beispiel Gesundheitsminister Alain Berset und sein bestes Ross im Corona-Stall, Daniel Koch. Und dennoch: Die Gender-Sache ist schon augenfällig. Vor allem, wenn wir noch die Parteizugehörigkeiten der Frauen anschauen. In Neuseeland, Dänemark, Finnland und Island sind überall sozialdemokratisch bis links-grüne Frauen am Werk. Zudem auffällig junge Frauen. Keine ist über 44.*

Nyon VD: Massenentlassung bei US-Diät-Konzern

Weight Watchers speckt ab – ohne Sozialplan

Das Abnehm-Unternehmen Weight Watchers steckt in der Krise. In der Schweiz sind 110 Jobs in Gefahr.

RALPH HUG

Die Hiobsbotschaft kam vor drei Wochen an einer Videokonferenz. Der Schweizer Sitz von WW International – so heisst Weight Watchers heute – in Nyon VD gab eine massive Restrukturierung bekannt. 110 der insgesamt 174 Mitarbeitenden sollen den Job verlieren. Als Grund nannte der Konzern den Geschäftseinbruch wegen der Corona-Pandemie. Doch das scheint eher vorgeschoben. Es ist seit längerem bekannt, dass das US-Unternehmen mit 1,4 Milliarden Dollar Umsatz und 8200 Beschäftigten in dreissig Ländern in der Krise steckt. Müssen jetzt die Mitarbeitenden für ein jahrelanges Missmanagement bezahlen?

OPRAH SOLL'S RICHTEN

Zu lange hatte sich das Unternehmen auf den Erfolgen von gestern ausgeruht. Es verlor immer mehr Kundinnen und Kunden, dies trotz verbreiteter Fettleibigkeit. Ein überholtes Image vom Abnehmen durch Diäten sowie die neue Konkurrenz im Internet durch Apps mit zeitgemässen Programmen zur Gewichtsreduktion liessen Weight Watchers zunehmend alt aussehen. Die Versäumnisse verbauten ihm den Zugang zum jüngeren Publikum. Coop schmiss die Weight-Watchers-Produkte bereits 2016 wegen mangelnder Nachfrage aus dem Sortiment. Dann riss das Management das Steuer herum. Man heuerte mit Oprah Winfrey die bekannteste und reichste Talkmasterin der USA an. Winfrey macht seither für WW Werbung – und verdient als Grossaktionärin dick mit.

Es trifft vor allem Frauen über 50, die Teilzeit als «Coach» arbeiten.

Seither ist nicht mehr von Kampf gegen Kilos, Diäten, Gewichtsverlust und Hungern die Rede. Sondern nur noch von Schlanksein, Gesundheit und Lifestyle. Der Abnehm- soll zum Wellness-Konzern mutieren. Und vermehrt sollen auch digitale Programme via Internet vermarktet werden. Das angekündigte grosse Stellenstreichkonzert ist eine Folge dieser neuen Strategie. Es trifft vor allem über 50jährige Frauen, die Teilzeit als «Coach» oder Kundenberaterinnen tätig sind. In den Lokalen der WW-Community tauschen sich die ebenfalls meist über 50jährigen Teilnehmerinnen der Abnehmprogramme über ihre Erfolge und Misserfolge aus.

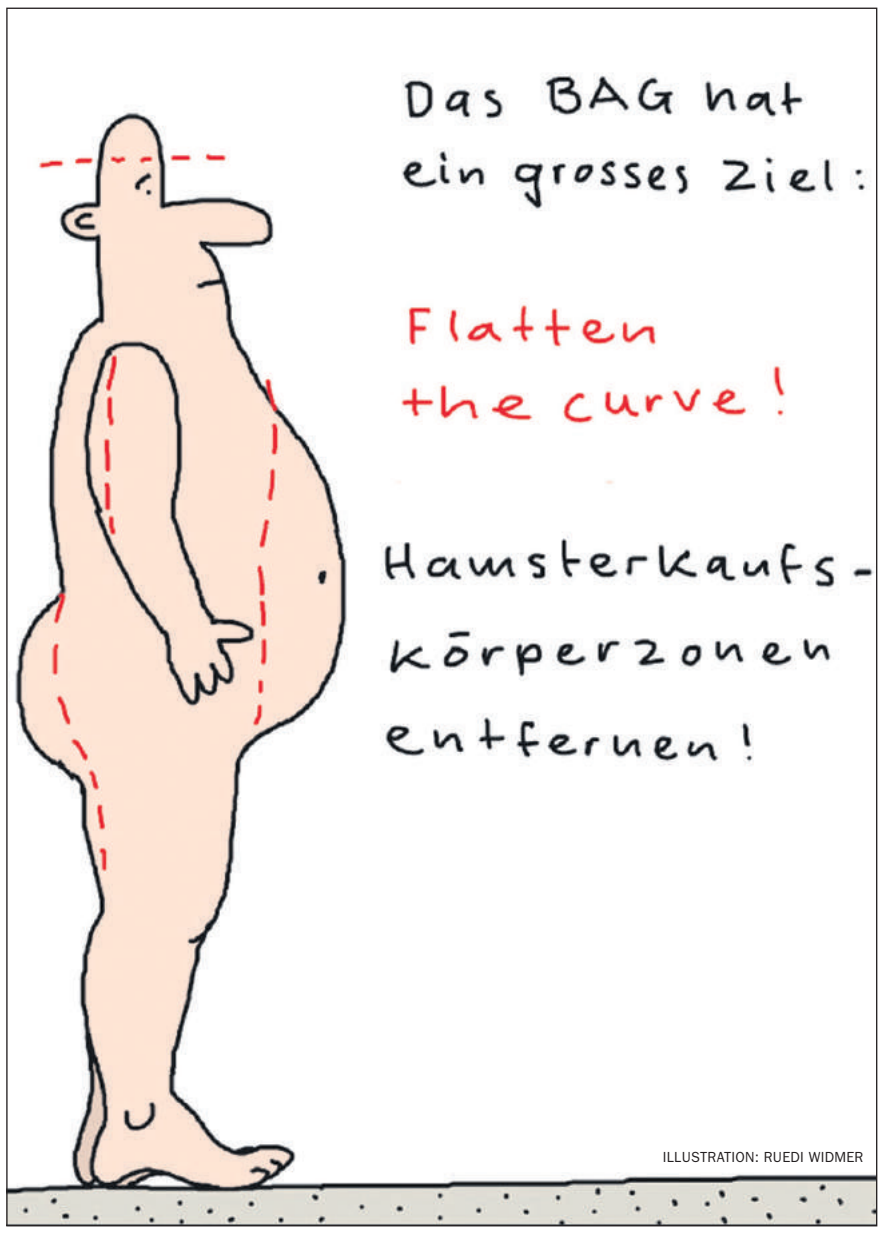


ILLUSTRATION: RUEDI WIDMER

VIELE UNIA-NEUEINTRITTE

Die angekündigte Massenentlassung hat viele aufgeschreckt. Betroffene klopften bei der Unia Waadt an. Regioleiter Yves Defferrard: «Wir haben Versammlungen durchgeführt und ein Mandat der Belegschaft erhalten.» Doch bis Redaktionsschluss weigerte sich das Unternehmen, mit der Gewerkschaft zu verhandeln. Immerhin verlängerte die unter Druck geratene Direktion die Konsultationsfrist für Vorschläge zur Rettung der Stellen bis zum 5. Juni. Yves Defferrard hat das Waadtländer Volkswirtschaftsdepartement aufgefordert zu vermitteln. Er sieht einen grossen Rückhalt für die Betroffenen in der Öffentlichkeit: «Viele Leute sympathisieren mit den Frauen, die jetzt ihre Stellen verlieren.» Die Unia verzeichnet unter den Betroffenen eine selten hohe Zahl von Neueintritten. Defferrard ist optimistisch, dass die Mobilisierung Früchte trägt. Weight Watchers kennt weder einen Gesamtarbeitsvertrag noch einen Sozialplan.

WEIGHT WATCHERS:

DICKE CHEF-GEHÄLTER

Abnehmen? Aber nicht bei den obersten Löhnen! Der Weight-Watchers-Konzern geriet 2017 durch seine unverschämte Abzockerei in die Schlagzeilen. Damals wurde Mindy Grossmann (62) als neue operative Chefin gewählt. Sie hatte zuvor in TV-Shoppingkanälen Karriere gemacht.

EXZESS. Grossmann kassierte gleich im ersten Jahr eine exzessiv hohe Entschädigung von 33,4 Mio. Dollar. Das ist gemäss Berechnungen des US-Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO sechstausend Mal mehr, als eine Mitarbeitende in Teilzeit verdient – die grösste Lohnungleichheit in allen US-Konzernen. Inzwischen ist das Gehalt von Grossmann wegen der Talfahrt des Konzerns auf 8,8 Mio. Dollar «geschrumpft». (rh)

Lockerung der Corona-Massnahmen: Ab in die Badis, Zoos und Nachtclubs

Für Lohnabhängige bleibt's hart

Der Bundesrat hat massive Lockerungen der Corona-Massnahmen beschlossen und beendet am 19. Juni die «ausserordentliche Lage». Was heisst das konkret?

CLEMENS STUDER

Bisher steuerte der Bundesrat das Land durch die Corona-Krise. Gesundheitspolitisch und wirtschaftspolitisch. Möglich machten das die Kompetenzen, die er dank der «ausserordentlichen Lage» hatte. Ab dem 19. Juni liegt wieder mehr Verantwortung beim Parlament. Und das hat gerade wirtschaftspolitisch einiges zu tun. Denn die wirtschaftlichen Folgen der Krise sind gerade für Klein- und Mittelverdienende dramatisch. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat deshalb eine ausführliche Analyse der Lage gemacht und die sich aus Sicht der Lohnabhängigen ergebenden Forderungen formuliert (nachzulesen hier: **rebrand.ly/sgb-analyse):** Zentral sind zum Beispiel die Ausbezahlungen von 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung. Die Verlängerung der Kurzarbeit auf 18 Monate. Der Verzicht auf staatliche Sparmassnahmen. Keine höhere Belastung der Normalverdienenden. Ab dem 2. Juni trifft sich das Parlament zur Sommersession. Dort wird sich rasch zeigen, wer die Interessen der Mehrheit vertritt.

Die Folgen der Krise sind dramatisch.

Die wichtigsten Eckpunkte der bundesrätlichen Lockerungen:

- Per **30. Mai** dürfen sich statt bisher 5 neu 30 Menschen im öffentlichen Raum treffen.
- Ab dem **1. Juni** können auf der Strasse wieder Unterschriften gesammelt werden.
- Ab **6. Juni** sind private und öffentliche Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen erlaubt.
- Ab dem **6. Juni** können unter anderem Campingplätze, touristische Angebote, Zoos und Badis wieder geöffnet werden.
- Ab dem **6. Juni** ist auch in Mittel-, Berufs- und Hochschulen wieder Präsenzunterricht möglich. Der Entscheid dafür liegt bei den Kantonen.
- Ab dem **6. Juni** wird in den Beizen die Beschränkung auf vier Personen pro Tisch aufgehoben. Bei Gruppen von mehr als vier Personen sind die Betriebe verpflichtet, die Kontaktdaten eines Gastes pro Tisch aufzunehmen. Discos und Nachtclubs müssen Präsenzlisten führen. Pro Abend sind nicht mehr als 300 Eintritte möglich.
- Ab dem **8. Juni** gelten die Regeln der Personenfreizügigkeit mit der EU mit flankierenden Massnahmen wieder. Gleichzeitig tritt die Stellenmeldepflicht wieder in Kraft.
- Wenn die epidemische Lage es zulässt, sollten wir ab dem **6. Juli** wieder im ganzen Schengenraum reisen können. Die Grenzkontrollen zwischen Österreich, Deutschland und Frankreich fallen schon ab dem **15. Juni** weg.

ADIEU: BAG-Koch darf jetzt in Pension. FOTO: KEYSTONE

LEA DAUM: «Alle, die sich dem Virus ausgesetzt haben, um dieses Land am Laufen zu halten, müssen sich gratis testen lassen können. Und endlich mehr Lohn bekommen.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

Pflegerin Lea Daum (30) ist immer noch fassungslos

Corona-Horror auf der Demenzstation

Weil die Leitung den Gesundheitsschutz vernachlässigte, brach auf der Pflegestation zweimal Corona aus. Auch Pflegerin Lea Daum steckte sich an.

PATRICIA D'INCAU

Der Husten ist noch da. Aber nach fast zwei Wochen Quarantäne darf Lea Daum ihre zweijährige Tochter endlich wieder in die Arme nehmen. «Sie nicht sehen zu dürfen, war das Schlimmste für mich», sagt Daum am Telefon. Der Ärger ist gross, wenn sie von den vergangenen Wochen erzählt. Denn: Ihre Corona-Ansteckung war kein Zufall. Sondern passierte, weil ihre Vorgesetzten zu lange kaum Sicherheitsmassnahmen ergriffen. Und das ausgerechnet im Gesundheitsbereich! Auf einer Station voller Risikopatientinnen und -patienten. Und in einer Institution, die zu hundert Prozent dem Kanton gehört.

AM ANSCHLAG

Daum arbeitet als Psychiatrie-Pflegerin mit Demenz- und Delir-Patienten, die sich oder andere gefährden. «Alles Ältere, die zur Corona-Risikogruppe gehören», sagt sie. Doch als der Bundesrat Mitte März den Quasi-Lockdown verhängt, ändert sich an ihrem Arbeitsplatz vorerst wenig. Ausser einer Weisung an die Angestellten, die lautet: Wer Corona habe, aber keine Symptome zeige, solle mit Maske weiterarbeiten.

Heute sagt Daum: «Schon da hätten alle auf der Station getestet werden müssen.» Doch das wird nicht gemacht. Und so zeigt sich das Virus erst, als eine Mitarbeiterin Covid-Symptome bekommt.

Kurz darauf erkrankt die erste Patientin, danach weitere. Die Station wird unter Quarantäne gestellt. Alle, die mit den Corona-Kranken in Kontakt gekommen sind, werden separat isoliert. Unter den Patientinnen und Patienten verbreitet sich die Angst, manche reagieren mit Gewalt. Daum sagt: «Wir sind sowieso schon jeden Tag mit Schlägen und Beleidigungen konfrontiert.» Die Quarantäne verschärft die Situation. Trotzdem wird das Personal nicht aufgestockt, obwohl es schon in normalen Zeiten knapp ist.

GEFAHR HERUNTERGESPIELT

Dazu kommt die Angst vor einer Ansteckung. «Wir haben durchgearbeitet, ohne zu wissen, ob wir selbst das Virus weiterverbreiten. Das ganze Risiko wurde auf uns abgewälzt.»

Die Verantwortlichen spielen die Gefahr lange herunter. Daum erzählt: «Noch Ende März hiess es an einer Info-Veranstaltung: ‹Ihr müsst keine Angst haben, ihr werdet euch vermutlich nicht anstecken.›» Die Pflegerin traut ihren Ohren kaum: Schliesslich ist sie bei ihrer Arbeit nah an den Menschen, Abstand halten funktioniert nicht. «Um zu beruhigen, braucht es manchmal eine Umarmung. Und wenn jemand spuckt und um sich schlägt, nützt selbst eine Maske nicht viel.»

Immer wieder fordert sie deshalb, dass die Klinik flächendeckend testen lässt. Die Pflegenden genauso wie die Patientinnen und Patienten. Und zwar regelmässig. Doch: «Die Leitung lehnte das ab.»

Auch die übrigen Schutzmassnahmen werden nach der ersten Corona-Welle nicht verschärft. Im Gegenteil: «Als die Quarantäne fertig war, hiess es, wir müssten jetzt keine Masken mehr tragen.» Und innerhalb einer Woche nimmt die Station zehn neue Patientinnen und Patienten auf – ohne sie auf Corona zu testen.

«Ich bleibe jetzt so lange hier sitzen, bis ihr mich testet.»

PFLEGERIN LEA DAUM

So kommt es dann, wie es kommen muss: Rund zehn Tage nach der ersten Corona-Welle bricht die zweite aus. Auch Daum fühlt sich angeschlagen – und lässt jetzt nicht mehr locker. «Nach meiner Schicht habe ich gesagt: Ich bleibe jetzt so lange hier sitzen, bis ihr mich testet.» Endlich willigt die Klinik ein. Daums Corona-Test ist positiv.

KEINE SCHICHTPLÄNE MEHR

Erst da setzt die Klinik einen Pandemiestab ein, die Schichten werden aufgestockt, und: «Endlich wird getestet», sagt Daum. Doch dass es zwei Corona-Wellen und fast ein Dutzend Ansteckungen brauchte, bis endlich etwas passierte, macht die Pflegerin noch immer fassungslos. «Wir wurden mit der Gefahr einfach alleingelassen.» Und mittlerweile weiss Daum: Nicht alle der angesteckten Patientinnen und Patienten haben überlebt.

Dazu kommt, dass die Mitarbeitenden jetzt auch noch das angerichtete Chaos ausbaden müssen. «Weil unklar ist, wie es weitergeht, haben wir jetzt nicht einmal mehr Dienstpläne. Wir arbeiten quasi nur noch auf Abruf», erzählt Daum.

Nach der ganzen Odyssee ist für Lea Daum klar: «Alle, die sich dem Virus ausgesetzt haben, um dieses Land am Laufen zu halten, müssen sich gratis testen lassen können. Und endlich mehr Lohn bekommen.» Damit meint sie nicht nur das Gesundheitspersonal, sondern auch Kita-Angestellte und Verkäuferinnen.

Pflege: Am Limit

Zu wenig Schutz und akuter Personalnotstand: Die Corona-Krise zwingt die Pflegerinnen und Pfleger an ihre Grenzen. Doch die Probleme, mit denen sie kämpfen, sind nicht neu. Das zeigen drei Unia-Umfragen. Eine ist eine Corona-Umfrage.

AUSGEBRANNT. In allen drei zeigen sich die massiven Probleme der Pflegeleute: Personalmangel, Zeitdruck, Überstunden und Spardruck. Eine Mehrheit der Befragten fühlt sich oft müde und ausgebrannt. Deshalb möchten sie ihr Arbeitspensum senken, können sich das aber nicht leisten. Ausgebildete mit einer Lehre und ohne Zusatzausbildung verdienen trotz Vollzeitpensum mehrheitlich nur zwischen 4000 und 5000 Franken.

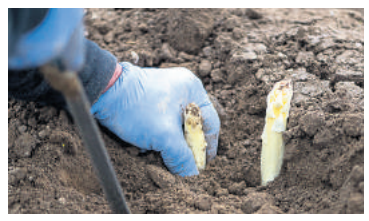
Alle Ergebnisse unter:
rebrand.ly/pflege-umfrage und
rebrand.ly/corona-umfrage

Aktionsplan der Klimajugend

BERN. Die Klimajugend fordert, dass die Schweiz ihren CO_2-Ausstoss bis 2030 auf Netto null senkt. Ein Aktionsplan zeigt jetzt, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Mit 17 konkreten Massnahmen, von Stops von Investitionen in fossile Energien über Teil-Flugverbote bis zu einer Solarpflicht. Im Fokus steht auch die Absicherung von Arbeitenden, die vom ökologischen Umbau betroffen sind. Die Klimajugend fordert Aus- und Weiterbildungsprogramme, neue Jobs im nachhaltigen Bereich und die Einführung der 32-Stunden-Woche bei gleichem Lohn. Alle Massnahmen zum Nachlesen unter: rebrand.ly/klima-plan

Protest auf dem Spargel-Feld

BORNHEIM (D). Via Luftbrücke holte die deutsche Bundesregierung während des Corona-Lockdowns Erntehelferinnen und



SPARGELSTECHER: Ungeniessbare Arbeitsbedingungen. FOTO: KEYSTONE

-helfer aus Osteuropa. Während sie einmal mehr das Geschäft retten sollen, bleiben ihre Arbeitsbedingungen unterirdisch. Bei Spargel Ritter in Bornheim machten Arbeiterinnen und Arbeiter schwere Missstände öffentlich, nachdem der Betrieb die Schliessung ankündigte. Rund 250 Angestellte protestierten mehrere Tage gegen ausstehende Lohnzahlungen, verschimmeltes Essen und unbeheizte Massenunterkünfte direkt neben einer Kläranlage.

Entlassungen trotz Staatshilfe

GENF. Am 15. Mai protestierte am Flughafen Genf das Bodenpersonal zusammen mit Gastro- und Reinigungsangestellten sowie der Unia. Sie kritisierten, dass Firmen am Flughafen Personal entlassen, statt Kurzarbeit anzumelden. Andere Unternehmen kündigten sogar, während sie gleichzeitig Kurzarbeitsentschädigungen einstrichen. Dies bei gleichzeitiger Millionen-Staatshilfe für flugnahe Betriebe. Dazu Unia-Sekretärin Camila Aros: «Alle diese Rechtsbrüche werden wir vor Gericht bringen.»

Firma Tscharner: Ex-Chef vor Gericht

DOMAT/EMS. Vor fünf Jahren brachte die Unia ans Licht, dass die Bündner Gerüstbaufirma Tscharner ihre Mitarbeitenden jahrelang systematisch um Lohn und Sozialversicherungen geprellt hatte. Mit gefälschten Arbeitsrapporten und manipulierten Stempeluhren. Die Unia schätzte die Summe auf Millionenhöhe. Die Firma wurde in der Folge für Kantonsaufträge gesperrt. Jetzt muss sich der damalige Chef auch vor Gericht verantworten. Wegen Vermögens-, Urkunden- und arbeitsrechtlicher Verfehlungen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt.

ILLU: ROLF WILLI

Die Briefträgerin und der Motor

Die neue Strategie der Post ist eine «Wachstumsstrategie», in welcher der Service public gebührend berücksichtigt werden soll. Habe doch grad die Corona-Krise gezeigt, wie wichtig die

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Rolle der Post als Grundversorgerin sei und wie gut sie diesen Auftrag erfülle. Sagte der CEO an einer Online-Veranstaltung, zu der die Mitarbeitenden am Vorabend der Pressekonferenz eingeladen waren. Zwei Stunden «Live-Arena», die auf Ver-

Die Folien sind in der Firmenfarbe eines Motorenölunternehmens gehalten.

trauensbasis als Arbeitszeit angerechnet wurden. Auch das ist neu. Bisher musste das Zustellpersonal bei obligatorischen «Strategieanlässen» meist die halbe Zeit als Freizeit drangeben. Die Briefträgerin loggte sich ein und erhielt Zugang zum Live-Stream. Zusammen mit zuletzt scheint's siebentausend anderen Mitarbeitenden, von denen viele sich mit Fragen und Bemerkungen aktiv beteiligten. Die ganze Konzernleitung war da, mehr oder weniger gemäss Corona-Abstand aufgereiht. Der Personalchefin, dem einzigen weiblichen Konzernleitungsmitglied, war als Geschlechtsgenossin die Leiterin des Funktionsbereichs «Entwicklung und Innovation» beigesellt. Nur der Konzernleiter trug Krawatte.

MIT SYSTEM. Die Vision «Wir sind der Motor für eine moderne Schweiz» löst die Parole «Einfach mit System» ab. Lustig, dachte die Briefträgerin, dass die den Live-Gesprächen beigefügten Präsentationsfolien in der Firmenfarbe eines Motorenölunternehmens gehalten sind («Motorex – Oil of Switzerland»). Der Konzernleiter dankte allen für ihr Engagement. «Und nun wollen wir von der Zukunft reden.» Von der Strategie. Und vom Kulturwandel. Seien bisher Werte wie «Verlässlichkeit und Prozessorientierung», «Erfahrung und Sicherheit», «kollektive Verantwortung und Menschlichkeit» prägend gewesen, würden nun neue Akzente gesetzt: «Entschlossenheit und Eigeninitiative», «wir werden mutiger und fördern die rasche Umsetzung von Entscheiden». Kurz: Die Post sei «mit Herz und Verstand kundenzentriert» – «vertrauenswürdig» – «engagiert.» Und ein Stellenabbau sei nicht das Ziel. Im Gegenteil.

Corona-Stress: Modeketten Tally Weijl & Chicorée sparen beim Personal

«Hilfe, ich bin jetzt ganz allein im Laden!»

SCHÄBIG: Viele Modeketten drücken lieber die Lohnkosten, als die Gesundheit der Mitarbeitenden zu schützen. FOTO: DPA

Desinfizieren, Kundinnen und Kunden zählen, Polizei spielen: Modeverkäuferinnen haben jetzt noch mehr zu tun als vorher. Aber Tally Weijl und Chicorée setzen nicht mehr Mitarbeitende ein, sondern weniger.

CHRISTIAN EGG

Maximal 19 Personen dürfen sich gleichzeitig im Chicorée-Kleiderladen aufhalten, in dem Gerda Roth* arbeitet. Damit der Corona-Mindestabstand gewährleistet ist. Aber Roth sagt: «Ich kann die Leute nicht zählen, der Laden ist gut 200 Quadratmeter gross. Und ich bin alleine!»

Einmal habe sie versucht zu zählen und sei auf 18 Leute gekommen. Aber ein paar habe sie wohl übersehen zwischen den Gestellen. Und sowieso: «Ich war an der Kasse am Bedienen. Da kann ich nicht gleichzeitig Polizei spielen und die Leute rausschicken.»

Dabei gibt es jetzt mit den Corona-Schutzmassnahmen mehr zu tun als vorher. Theoretisch müsste sie die Umkleidekabinen nach jeder Kundin desinfizieren. Zusätzlich zum Beraten, zum Einkassieren, zum Aufräumen. Roth sagt: «Für eine Person alleine ist das nicht machbar.»

UNGENÜGENDER SCHUTZ

Vor Corona seien sie meist zu zweit im Laden gewesen, sagt Roth. Am Samstag sogar zu dritt. Jetzt nur noch alleine, um die Lohnkosten zu drücken. Ein Chicorée-Sprecher schreibt, die Kundenfrequenzen seien seit der Wiedereröffnung am 11. Mai «sehr unterschiedlich». Man passe die Personaleinteilung laufend an. Der Unia sind allerdings zahlreiche Filialen bekannt, in denen derzeit nur eine Verkäuferin eingeteilt ist.

Auch die Verkäuferin Andrea Fischer* ist ständig alleine im Laden. Sie arbeitet für Tally Weijl. Die Basler Modekette kämpft wegen der Corona-Krise mit akuten Geldproblemen. Anfang Mai kündigte sie an, von den 635 Stellen in der Schweiz 50 bis 80 zu streichen. Doch schon vor Corona sei in ihrer Filiale gespart worden, sagt Fischer: «Früher waren wir immer zu zweit im Laden. Eines Tages hiess es: Ab jetzt muss es eine Verkäuferin allein machen.» Tally Weijl schreibt, in einigen Läden habe man das Personal «bereits aufgestockt». In «weniger als zehn Prozent» der knapp 80 Läden in der Schweiz sei derzeit nur eine Person eingeteilt.

Anne Rubin, bei der Unia für den Detailhandel zuständig, geht das zu wenig weit. Sie stellt klar: «Ketten, die jetzt nur eine Person pro Laden einteilen, nehmen ihre Verantwortung nicht wahr. Die Mitarbeitenden, aber

«Die Kasse ist zuhinterst im Laden. Ich sehe nicht, was beim Eingang passiert.»

ANDREA FISCHER, VERKÄUFERIN

auch die Kundschaft werden so nicht genügend vor einer Corona-Ansteckung geschützt.» Die Unia habe die ihr bekannten Fälle den Firmen und den zuständigen Behörden gemeldet.

IMMER ALLES DESINFIZIEREN

Tally-Weijl-Verkäuferin Fischer sagt, für einen wirksamen Schutz brauche es zwei Mitarbeitende. Bei ihr sind zwar die Umkleidekabinen geschlossen, die Kundinnen müssen zu Hause anprobieren. Aber das sei keine Erleichterung, sagt sie: «Kleider, die sie zurückbringen, muss ich mit Dampf desinfizieren. Und gleichzeitig den Laden schmeissen. Das funktioniert nicht.» Zum Desinfizieren mit Dampf schreibt das BAG, das beseitige die Viren innert Kürze, «wahrscheinlich innert Sekunden». Am Ladeneingang liegen Kärtchen. Jede Kundin muss eins nehmen und beim Verlassen wieder zurücklegen. Fischer sagt: «Viele Leute nehmen kein Kärtchen. Oder nur eins für die ganze Familie. Und meine Kasse ist zuhinterst im Laden. Von dort aus sehe ich nicht, was beim Eingang passiert.»

Neu muss sie alles desinfizieren, was eine Kundin anfasst. Ihre eigentliche Arbeit, nämlich das Beraten der Kundschaft, komme zu kurz. «Manchmal bin ich am Beraten, aber die Kundin hat schon vier, fünf Teile angefasst. Dann muss ich abbrechen und die Kleider desinfizieren. Das ist einfach frustrierend!»

* Namen geändert

Non-Food-Detailhandel: Mangelhafter Schutz

In vielen Läden ist der Corona-Schutz noch mangelhaft. Das zeigen die Rückmeldungen der Unia-Mitglieder. Über 300 von ihnen haben bisher die Unia-Checkliste zum Non-Food-Detailhandel ausgefüllt. Ein Fünftel hat keinen Plexiglasschutz an der Kasse. Und sogar 44 Prozent sagen, die maximale Anzahl Personen im Laden werde nicht von einer Person kontrolliert, die dies als Hauptaufgabe habe.

KEINE MASKENPFLICHT. 28 Prozent sagen, der Abstand von zwei Metern werde im Laden und in den Pausenräumen nicht eingehalten. Und bei Tätigkeiten, bei denen kein Abstand möglich ist, etwa beim Anprobieren oder Anpassen von Kleidern, sagen 42 Prozent, das Tragen einer Maske sei für Kundschaft und Mitarbeitende nicht obligatorisch. (che)

Link zur Checkliste:
bit.ly/corona-detailhandel

Lädelen in Corona-Zeiten: Schutzkonzept, alles gut?

Die Migros-Verkäuferin sagt: Heute müsse sie «nur» drei Stunden hier sein und die Leute zählen. Gestern seien es fünf Stunden gewesen. «Obwohl ich sitzen kann, ist es sehr anstrengend, sich so lange ohne Pause konzentrieren zu müssen.» Für jede Person, die den SportXX verlässt oder den Do-it betritt, tippt sie aufs richtige Tablet. Das System sagt ihr, wie viele noch reindürfen.

KLAPPT NICHT. In allen Läden ist Plexiglas an der Kasse Standard. Genauso wie Desinfektionsmittel am Eingang und Abstandsmarkierungen am Boden. So sieht es das Schutzkonzept des Branchenverbandes Swiss Retail Federation vor. Unterschiede gibt es bei der Kontrolle der maximal erlaubten Personen. Coop, C&A und Dro-

Die Zutrittskontrolle funktioniert in vielen Fällen nicht.

gerie Müller haben dasselbe System wie die Migros. Globus und H&M haben automatische Zählsysteme, teils unterstützt durch Mitarbeitende. Alles scheint gut zu klappen. Bei den Modehäusern Mango und Naf Naf sowie bei der Buchhandelskette Weltbild steht die maximal zugelassene Besucherzahl zwar am Eingang angeschrieben, kontrolliert wird aber

WÄGELI-DESINFEKTION: Macht Viren den Garaus. FOTO: KEYSTONE

nicht. Bei Ochsner Sport gibt es Karten zum Mitnehmen und zum Wiederhinlegen. Doch ein kurzer Augenschein zeigt: Das funktioniert nicht. Mehrere junge Männer gehen hinein, ohne eine Karte zu nehmen.

Negativ fällt auch Manor auf: Es ist nicht ersichtlich, dass die Anzahl Personen im Laden gezählt wird. Dabei steht im Schutzkonzept: «Regeln Sie die Zutrittskontrolle, z.B. über eigene Mitarbeiter, einen Security-Service, technische Zutrittskontrolle.»

Skurriles auch auf dem Herren-WC bei Manor: Zwei WC und drei Pissoirs stehen zur Auswahl. Erst beim Händewaschen sieht man das Schild: «In diesem Raum sind nur zwei Personen erlaubt.»

NO KIDS. Bei C&A sticht ein Hinweis ins Auge: «Wir finden es gut, wenn Sie derzeit den Einkauf nicht als Familienausflug vorsehen.» Eine gute Idee. Aber viele Eltern halten sich beim work-Augenschein nicht daran. Drinnen schützen sich die Mitarbeitenden mit Masken. Das ist ungewohnt, aber sehr gut verständlich. (che)

BERNER BEIZER: Sellathurai Ulakanathan Sureskumaran ist für alle nur «dr Suresh». Und trotz allen Schicksalsschlägen eine Frohnatur im Berner Mattenquartier. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Beizer Suresh hat schon mehr überlebt als Corona:

«Das war schon mein fünfter Lockdown»

Über Colombo–Karachi–Moskau–Polen–Amsterdam kam Suresh einst in die Schweiz. Auf der Flucht vor den Tamil Tigers. Jetzt ist er hier schon 21 Jahre Wirt. Einer mit Herzblut und Erfahrung mit Lockdowns.

MARIE-JOSÉE KUHN

Nicht alle Wirte sind ihr Restaurant. Sellathurai Ulakanathan Sureskumaran schon. Das Beizenlogo sagts verkürzt: Suresh. Und er steht davor in seinem meerblau-blumigen Hemd und seinem Flatterschal: Suresh (50), seit Jahren Beizer in der Matte. «Wie lange ich lebe, ist nicht wichtig», verkündet er auf seiner Website: «Wichtig ist, wie ich lebe.» Und Suresh lebt bewegt. Er sagt: «Lockdown? Das ist für mich nichts Besonderes. Der Corona-Lockdown war schon der fünfte Lockdown in meinem Leben. Mindestens!» Die anderen erlebte Suresh im Krieg oder bei Überschwemmungen. Zuerst im Bürgerkrieg in Sri Lanka. Dort kam er 1969 zur Welt. In einem Haus mit einer Lenin-Statue vor dem Hauseingang. Denn Sureshs Vater war Sozialist.

BEI DEN ÖLSCHEICHS

Den zweiten Kriegs-Lockdown erlebte Suresh in Kuwait, als die irakische Armee dort einmarschierte. Er war 21. Und ein Geflohener. Weil ihn die Tamil Tigers verfolgten. Auch er hatte sich für den Befreiungskampf engagiert. Mit 15 bei der People's Liberation Organisation of Tamil Eelam (PLOTE). Für die Tigers war er drum ein «Verräter». Sie suchten und fanden ihn. Ganz knapp nur entkam er einer Hinrichtung.

In Colombo gelang es Suresh dann, auf dem Schwarzmarkt den Pass eines acht Jahre älteren Mannes mit einem Arbeitsvisum für Kuwait zu ergattern. Er

«Ich habe meine Eltern und mein Land verloren. Und dennoch: Ich lache schon am Morgen wie ein Kanarienvogel!»

wurde Putzmann im Golfstaat der superreichen Ölscheichs. 14 Stunden am Tag chrampfen, Strassenlampen vom Wüstensand säubern.

«Ich habe so viel schon überlebt», sagt Suresh und kommt mit einem Mineral aus dem «Suresh»: «Corona? Ich hatte bisher nie auch nur eine Sekunde Angst.» Das Gastro-Schutzkonzept hat er «klar!» umgesetzt: Der Koch arbeitet allein in der Küche. Also kein Problem. Aus den einst 35 Sitzplätzen im Restaurant und auf der Terrasse sind deren 18 geworden. Zwischen den Tischen stehen Pflanzen. Und er macht nun 30 Prozent weniger Umsatz als früher, schätzt er. Doch seine Stammgäste hielten zu ihm, er sei froh.

Sureshs Natel läutet. Und das tut es so alle fünf Minuten. Er entschuldigt sich und redet drauflos: auf tamilisch. Dieser guttural-melodiöse Stakkato-Schwall. Suresh versteht aber auch perfekt Mundart. Spricht es. Das war am 3. Dezember 1990 noch nicht so.

ZWÖLFI IST ZWÖLFI

Ankunft in Kreuzlingen. Suresh kommt über Colombo–Karachi–Moskau–Polen–Amsterdam in die Schweiz. Asyl-Zentrum Kreuzlingen, Asylzentrum Interlaken. «Sobald ich durfte, ging ich dann nach Bern. Für einen Job», erzählt er. Tellerwäscher im Steakhouse Churrasco. Nach einem Jahr steht er dort schon am Grill. «Wer meint, als Beizer könne man den grossen Stutz machen, täuscht sich», sagt er und grüsst jetzt einen Gast: «Hallo, Pesche, wie geits?», der ein «Stängeli, bitte, gäu!» bestellt. Um Beizer zu sein, brauche es Herzblut. Doch wie hat er es mit dem Social Distancing? Ist doch gar nicht so einfach in einem Gastrolokal, oder?

Suresh sagt, Social Distancing erlebe er, seit er in die Schweiz gekommen sei. Wegen seiner dünkleren Hautfarbe: «Im Zug, im Tram, ich hatte immer genügend Platz. Die Leute wollten nicht neben mir sitzen. Wechselten den Platz, wenn ich mich zu ihnen setzte.»

Und auch von seiner Kultur her sei er sich Distanzhalten gewöhnt: «Wir geben uns nie die Hand und küssen uns nicht dauernd.» Viele Wirtinnen und Wirte seien halt auch chli Jammeri. Umgekehrt drohe jetzt vielen kleinen, die schon vor Corona knapp dran oder verschuldet gewesen seien, der Konkurs. Das sei nicht gut.

Doch in der Schweiz, sagt Suresh und zeichnet mit seinem Finger auf dem roten Gartentisch eine gerade Linie: «In der Schweiz muss alles immer so gehen. Alles eine Frage der Planung. Acht Uhr ist immer acht Uhr und zwölfi zwölfi. Und im Frühling planen sie schon die nächsten Weihnachten.»

Laufe es dann aber nicht so, Suresh zeichnet jetzt eine quere Linie auf den Tisch: «Dann wird es schwierig, wie beim Corona-Lockdown: «Ihr seid euch daran gewöhnt, dass alles gut geht. Ein reiches Land, wenig existentielle Sorgen. Ihr dachtet immer, so etwas wie Corona kommt nur weit weit weg vor. Und jetzt ist es eben doch passiert.» Sagt Suresh, der Schweizer. Ein Schock für viele hier. Aber vielleicht sei so ein Schock ja auch nicht so schlecht: «Vielleicht verstehen jetzt ja mehr Leute, warum Menschen flüchten. Dass sie oft keine Alternative haben.»

AUCH OHNE MORGENKAFFEE

Jammern vergraule nur die Kundschaft, sagt Suresh: «All die Leute, die mir erzählen: ‹Ich kann nicht grüssen am Morgen, bevor ich nicht einen Kaffee gehabt habe …›! Das verstehe er immer noch nicht: «Ich habe meine Mutter verloren, meinen Vater verloren, mein Land verloren und meine Kultur, und dennoch: Ich lache immer wie ein Kanarienvogel!» Auch ohne Morgenkaffee.

Und dann kam 1999 die Flut über die Matte. Suresh und seine Frau Nina hatten alles parat für die Neueröffnung des Restaurants Fischerstübli. Dann kam das grosse Hochwasser. «Und sieben Monate Lockdown», sagt Suresh. Und sie mussten wieder komplett renovieren. Und nur sechs Jahre später dann: das zweite Hochwasser. Und wieder Lockdown.

«Was wosch?» Suresh zeichnet wieder mit dem Finger auf dem Tisch. Diesmal Kurven: «Es geht immer weiter, auf, ab, auf, immer weiter!» Auch jetzt. Der Bundesrat habe seine Sache super gemacht. Man könne doch nicht fordern, man müsse die Alten einsperren! Es gehe im Leben doch nicht nur ums Geld!

Ob Corona die Menschen verändert hat? «Äuä», sagt Suresh, der Wirt, der neben der Speisekarte seine Biografie auf der Beizen-Website hat **(www.suresh.ch).** Notiert von seinem Sohn Navin Sureskumaran. Suresh schüttelt den Kopf: «Äuä! Sie machen schon wieder Party, bald fliegen sie wieder in die Ferien. Der Mensch vergisst schnell. Viel zu schnell!» Zum Beispiel die Kolonialzeit. Einst hätten die Kolonialherren Viren nach Afrika und Asien eingeschleppt. Viele seien gestorben. Jetzt kämen die Viren aus China in den Norden: «Wie ein Bumerang!» sagt Suresh.

Schon als Bub in Sri Lanka wollte er, dass «man ihn kennt» im Dorf. Schreibt sein Sohn. Er übermalte deshalb den Marken-Schriftzug seines Velos mit seinem eigenen Namen. Suresh, wie das Beizenschild. Und er hat es geschafft: Heute kennen ihn alle im Dorf. Namens Berner Mattequartier.

Hauruck-Öffnung: Platzers Eigengoal

Schon am ersten Tag, als der Bundesrat das Ausstiegsszenario aus dem Corona-Lockdown präsentierte, platzte dem obersten Schweizer Wirt Casimir Platzer der Kragen: Eine «Frechheit» sei es, dass man die Restaurants übergehe. Und er drängte mit seinem Branchenverband Gastrosuisse auf eine Hauruck-Öffnung, unterstützt von der SVP. Diese erfolgte am 11. Mai. Und schon zwei Wochen danach ist das Desaster perfekt. Die Turbo-Öffnung im Gastgewerbe ist nämlich ein Eigengoal: 97,1 Prozent der Betriebe machen rückwärts. Zeigt eine Umfrage von Gastrosuisse selber. Im Durchschnitt erwirtschaften sie nur noch etwa 60 Prozent ihres früheren Umsatzes. Und viele denken schon wieder ans Schliessen.

SPERRSTUNDE. Statt Asche auf sein Haupt zu streuen, giesst Wirte-Chef Platzer mit seinem Verband jetzt noch mehr Öl ins Corona-Feuer. Und fordert per sofort weitere Lockerungen vom Bundesrat: Die Zwei-Meter-Abstand-Regel, die Sperrstunde ab Mitternacht und die Nur-vier-Personen-pro-Tisch-Regel sollen auch noch fallen. Davor warnt aber Epidemiologe Christian Althaus von der bundesrätlichen Corona-Task-Force. Man müsse jetzt erst einmal die weitere Entwicklung der Neuansteckungen abwarten, sagt er. (mjk)

Homeoffice-Studie:

Erfolgsstory mit Kehrseite

Während des Corona-Lockdowns arbeiteten viele im Homeoffice. Doch diese Arbeitsform birgt Risiken und Nebenwirkungen, wie eine neue Syndicom-Studie zeigt.

RALPH HUG

«Arbeit im Homeoffice steht kurz vor dem Durchbruch»: Dieses Fazit zieht Giorgio Pardini, IT-Experte und Geschäftsleitungsmitglied der Gewerkschaft Syndicom. Er stützt sich dabei auf eine neue Befragung, welche die Gewerkschaft bei gut tausend Personen durchführen liess. Danach hat sich Homeoffice seit der Corona-Pandemie fast explosionsartig verbreitet. Hatten zuvor schon über 1,1 Millionen Arbeitnehmende Erfahrungen mit irgendeiner Form von Arbeit zu Hause, so arbeiteten jetzt zusätzlich rund 335 000 Personen mindestens einen Tag pro Woche im Homeoffice. Für Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs Bern, das die Studie durchführte, ist das ein «klare Erfolgsgeschichte».

Ein Viertel der Befragten arbeitete mehr als sonst.

LÄNGERE ARBEITSTAGE

Die Befragten bewerten Homeoffice insgesamt als gut: Nicht nur verhindert es Staus und unnötige Pendlerei, es nützt auch der Umwelt und verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Auch die Teamarbeit funktionierte insgesamt gut. Viele wollen gar weniger Stress empfunden haben als vorher.

Aber die grosse Kehrseite ist die drohende Entgrenzung der Arbeit. Ein Viertel der Befragten arbeitete mehr Stunden als sonst, viele sogar mehr als 47 Stunden pro Woche. Damit bestätigen sich die Befürchtungen der Gewerkschaften, dass unkontrollierte Arbeit zu Hause zu Überbelastungen mit entsprechenden Gesundheitsrisiken führt. Syndicom fordert daher klare Zeitgrenzen und Kontrollen. Solche will die Gewerkschaft künftig in den Gesamtarbeitsverträgen verankert sehen.

MODERNE HEIMARBEIT: Homeoffice wird insgesamt als gut bewertet. FOTO: KEYSTONE

SOZIALE ISOLATION

Die Umfrage macht weiter klar, dass viele Firmen die Kosten fürs Homeoffice auf die Arbeitnehmenden abwälzen. Gerade mal 9 Prozent übernahmen die gesamten Kosten der nötigen Infrastruktur wie Laptop, Internet oder eines ergonomischen Bürostuhls. 45 Prozent zahlten gar nichts. Giorgio Pardini: «Das kann nicht sein, wenn Homeoffice über Corona hinaus eine Zukunft haben will.»

Auch wehrt sich die Gewerkschaft dagegen, dass Unternehmen Homeoffice als reine Sparmassnahme anordnen, um Infrastruktur- und Reisekosten einzusparen. Gefragt seien ausgewogene sozialpartnerschaftliche Lösungen, so Pardini. Ein weiterer Nachteil von Homeoffice sind die fehlenden sozialen Kontakte und die Isolation. Dies müsste durch einen guten Mix von Homeoffice und Büroarbeit kompensiert werden. Syndicom sieht bei dem zu erwartenden Durchbruch von Homeoffice auf breiter Front eine Chance für die Sozialpartnerschaft, aber auch für eine Stärkung des Service public durch Investitionen statt dessen Abbau. Ein gut ausgebauter Service public sei für das gute Funktionieren der digitalen Kommunikation unerlässlich.

Alarm in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie

Drei Viertel der Firmen bedroht

SCHLECHTE AUSSICHTEN: Viele Industrie-Unternehmen in der Schweiz wollen auch diese Krise auf dem Buckel der Lohnabhängigen bewältigen, wie zum Beispiel der Autozulieferer Adatis in Martigny VS. FOTO: ZVG

Mit voller Wucht trifft jetzt die Corona-Krise auch die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Auf den Goodwill der Unternehmen ist kein Verlass, wie vier Beispiele zeigen.

JONAS KOMPOSCH

Die Schweizer Industrie ist bisher relativ glimpflich durch die Corona-Krise gekommen. Doch jetzt trüben sich die Aussichten stark. Einen «massiven Einbruch» der Umsätze erwartet etwa Swissmem, der Branchenverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Und zwar bereits für das laufende zweite sowie für das dritte Quartal. Dies hauptsächlich wegen stornierter oder weggebrochener Aufträge, insbesondere solchen aus dem Ausland. Fast drei Viertel der Schweizer MEM-Firmen könnten demnach schon bald in eine «existenzbedrohende Situation» geraten. Ausserdem sind die Konjunkturaussichten so schlecht wie letztmals während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009.

Unia-Industrie-Chef Corrado Pardini fordert deshalb: «Jetzt muss investiert werden – in Forschung, Entwicklung und Weiterbildung.» Die Möglichkeiten seien gegeben, da die Firmen in den letzten Jahren stille Reserven anlegen konnten. Ausserdem müsse die Bezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung von 12 auf 18 Monate ausgedehnt werden. Das Schlimmste seien jetzt Entlassungen und Verlagerungen ins Ausland. Pardini: «So entstünde irreparabler Schaden für den Schweizer Werkplatz.» Und dennoch: Viele Unternehmen wollen offenbar auch diese Krise auf dem Buckel der Lohnabhängigen bewältigen. Das zeigen vier Vorboten der anbrechenden Kündigungswelle:

● **Meggitt, Villars-sur-Glâne FR:** Ein monströses Massenentlassungsprojekt erschütterte die Gemeinde Villars-sur-Glâne FR. Dort wollte der britische Aviatiktechnik-Konzern Meggitt wegen coronabedingter Ausfälle 70 seiner 504 Arbeitsplätze streichen. Und zwar billig: Der Konzern weigerte sich, die Krise mit Kurzarbeit zu überbrücken. Dann hagelte es Kritik von Belegschaft, Gewerkschaften und der Regierung. Nun entlässt Meggitt «nur» 36 Angestellte und führt endlich Kurzarbeit ein. Unia-Sekretär Armand Jaquier kritisiert aber, dass das Unternehmen auf die Frage nach einem Finanzplan für Frühpensionierungen gar nicht erst eingegangen sei. Dies, obwohl die Meggitt-Gruppe seit Jahren beträchtliche Gewinne erziele. Jaquiers Fazit: «Wenn Geld vorhanden ist, geht es an die Aktionäre. Wann immer es Probleme gibt, sind es die Mitarbeitenden, die dafür bezahlen.»

«Jetzt muss investiert werden – in Forschung, Entwicklung und Weiterbildung.»

CORRADO PARIDINI, UNIA-INDUSTRIE-CHEF

● **Forteq, Derendingen SO:** Wie die Luftfahrtindustrie leidet auch die Automobilindustrie unter einem akuten Nachfrageeinbruch. Deshalb hatte der Autozulieferer und Kunststoffkomponenten-Hersteller Forteq Kurzarbeit eingeführt. Doch kürzlich kündete das Unternehmen an, seinen Standort in Derendingen SO im Oktober zu schliessen und nach Tschechien auszulagern. 28 Mitarbeitende, davon fast die Hälfte bereits über 50jährig, würden damit ihre Stelle verlieren. Ein Sozialplan liegt noch nicht vor.

● **Adatis, Martigny VS:** Ebenfalls vor dem Aus steht der Autozulieferer Adatis aus Martigny VS – in der Region bekannt für Tiefstlöhne von 3000 Franken brutto für eine Vollzeitstelle. Und für ihren Verwaltungsrat Eric Balet, der zugleich die Vereinigung der Walliser Industriellen präsidiert. Nun kündete die Firma an, wohl im Oktober zu schliessen. Grund: die schlechte Auftragslage. Doch auch Adatis hatte gemäss der Unia Wallis nicht zum Instrument der Kurzarbeit gegriffen. Dafür macht die Firma ihren 48 Mitarbeitenden jetzt ein umso absurderes Angebot: Sie könnten ja einfach beim Mutterkonzern Aduxxi weiterarbeiten – in Frankreich.

● **Mikron, Agno TI:** Abbauen will auch die Bieler Mikron-Gruppe. Der Maschinenbauer und Autozulieferer teilte am 16. April mit, in Agno TI 110 Stellen zu streichen. Die Tessiner Unia intervenierte sofort und taxierte die Entlassungen als «beschämend und inakzeptabel». Denn erstens wolle Mikron mit der Kündigungswelle bloss kurzfristig ihren Börsenwert steigern. (Tatsächlich beendete die Entlassungsankündigung den Sinkflug der Mikron-Aktie, die seither wieder bergaufklettert.) Zweitens habe die Gruppe 2019 wiederholt eine Gewinnsteigerung erzielt. Und drittens profitiere das Unternehmen zurzeit von öffentlicher Unterstützung in Form von Kurzarbeit. Mittlerweile ist Mikron zurückgekrebst, will aber immer noch 47 Mitarbeitende entlassen.

Gewerkschaften und Hilfswerke fordern Corona-Überbrückungsfonds

Wann kommt Hilfe, Herr Parmelin?

Hausangestellte, Uber-Fahrerinnen, Sans-papiers, Künstler: Sie alle bekommen keine Corona-Hilfe. Eine breite Allianz fordert jetzt einen Hilfsfonds für sie.

CHRISTIAN EGG

«Hilfe kommt», versprach Wirtschaftsminister Guy Parmelin auf dem Höhepunkt der Corona-Krise. Doch für viele blieb das bis heute ein leeres Versprechen. Hilmi Gashi von der Abteilung Politik der Unia: «Ausgerechnet von den prekär Beschäftigten fallen bisher viele durch die Maschen. Wir fordern den Bundesrat jetzt auf, das zu korrigieren.»

Auf Initiative der Unia verlangen deshalb jetzt über 20 Gewerkschaften, Hilfswerke und andere Organisationen, dass Bund und Kantone handeln. In einem Brief an den Bundesrat fordern sie einen Covid-19-Überbrückungsfonds. So wie ihn der Kanton Genf gerade beschlossen hat (siehe Box). Er soll folgenden Personengruppen zugutekommen:

SAUEREI: Bundesratshilfe gibt's für Reinigungsfrauen nicht. FOTO: KEYSTONE

● **Angestellten in Privathaushalten:** Viele Putzkräfte, Alten- und Kinderbetreuerinnen sowie Hausangestellte haben von einem Tag auf den anderen ihr Einkommen verloren. Weil sie von Privaten angestellt sind, haben sie kein Recht auf Kurzarbeit.

● **Sans-papiers:** Die meisten haben ihren prekären Job verloren. Sie haben keinen Zugang zu Arbeitslosenentschädigung oder Sozialhilfe. Betroffen sind auch Familien mit Kindern.

● **Kleinst-Selbständige:** Künstlerinnen oder Sexarbeiterinnen haben ihr Einkommen verloren. Von der bisher gesprochenen Corona-Hilfe bekommen sie nichts oder lächerlich wenig. Dasselbe gilt für Scheinselbständige wie Uber-Fahrerinnen oder Kuriere.

● **Entlassene:** Arbeitnehmende mit befristeten Verträgen bekommen oft die Kündigung statt Kurzarbeit. Einem Teil von ihnen fehlen aber die nötigen Beitragsmonate, um Arbeitslosengeld beziehen zu können.

Hilfsfonds: Genf macht's vor

Der Genfer Regierungsrat gibt grünes Licht für einen Hilfsfonds für alle, die weder Zugang haben zu Kurzarbeit noch zu den bisher gesprochenen Corona-Hilfen. Gefordert hatten so einen Fonds der Genfer Gewerkschaftsbund und verschiedene Hilfswerke. Entsprechend zufrieden ist jetzt der Unia-Regioleiter Alessandro Pelizzari: «Fast schon revolutionär ist, dass auch Sans-papiers Zugang zu diesem Fonds erhalten!» Andererseits sei bedauerlich, dass der Regierungsrat die Grenzgängerinnen und Grenzgänger ausgeschlossen habe. Pelizzari: «So wird eine neue Ungleichheit geschaffen.» (mjk)

KURZ VOR DEM KOLLAPS? Der Coronavirus breitet sich in Brasilien rasant aus. So auch in der Millionenstadt São Paulo. FOTO: KEYSTONE

Brasilien hat hinter den USA am zweitmeisten Covid-Kranke

«Viele Menschen haben noch nicht mal Seife»

Der Corona-Virus breitet sich in Brasilien rasant aus. Doch für Präsident Jair Bolsonaro ist es noch immer eine «kleine Grippe». Deshalb helfen sich die Leute in den Armenvierteln von São Paulo jetzt selbst.

NIKLAS FRANZEN*, SÃO PAULO

Auch eine Tafel Schokolade sei eingepackt, sagt Andreia Barbosa und lacht. «Um das Leben in dieser schweren Zeit ein bisschen zu versüssen.» Barbosa (36) glattgeföhnte Haare, zupackende Art, steht in einem Raum voller Kisten, irgendwo am Stadtrand von São Paulo, Brasilien. Und sagt: «Die Auswirkungen des Coronavirus sind in den Randgebieten dramatisch. Deshalb helfen wir.» Barbosa ist Koordinatorin der Wohnungslosenbewegung MTST. Eigentlich kämpft die Bewegung mit Besetzungen gegen die massive Wohnungsnot in der Megametropole, in der 20 Millionen Menschen leben. Doch in der Corona-Krise hilft sie den Armen mit Essensspenden.

«Komm, jetzt fahren wir los», sagt Barbosa, schnappt sich eine Kiste und schleppt sie zu einem Auto. «Was wir machen, ist eine solidarische Revolution», sagt sie, während der Wagen durch ein Labyrinth aus roten Backsteinhäusern düst. Nach nur wenigen Minuten kommt das Auto zum Stehen. Barbosa stapft eine enge Gasse hoch, bleibt vor einem schrägen Haus mit unverputzten Wänden stehen und klopft an die Holztür. Eine Frau mit türkisem T-Shirt macht die Tür auf. Aus dem Innern des kleinen Hauses dröhnt der Fernseher, Kinder toben durch das dunkle Wohnzimmer. Barbosa überreicht die Kiste, die voll mit Lebensmitteln und Reinigungsprodukten ist. Auch ein paar rote Masken gibt es dazu. Die dreifache Mutter sagt: «Es ist gerade sehr schwierig für uns. Aber diese Spende hilft uns.» Vor Corona, erzählt sie weiter, habe sie als Putzfrau gearbeitet. Mit Beginn der Pandemie verlor sie von einem Tag auf den anderen ihren Job.

So ging es vielen armen Brasilianerinnen und Brasilianern. In einigen Vierteln grassiert bereits der Hunger unter ihnen. «Und viele Menschen haben noch nicht mal Seife, sich die Hände zu waschen», sagt Barbosa. «Die Armen sind mal wieder die grossen Verlierer dieser Krise.» Die Aktivistin und fünffache Mutter lebte lange Zeit in einer Holzbaracke. Irgendwann lernte sie die MTST kennen, wurde Vollblutaktivistin. Heute wohnt sie in einer selbstverwalteten Wohnanlage, die nach langem Kampf von der Bewegung errichtet wurde.

HÖCHSTE ANSTECKUNGSRATE

Seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpft die MTST, die Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Dach über dem Kopf, für menschenwürdiges Wohnen und solidarische Städte. Ihr Ziel: Vorstadtbewohnerinnen und -bewohner zu politisieren und städtischen Wohnungsleerstand für arme Familien nutzbar zu machen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften mobilisiert die MTST weniger die klassischen Industriearbeitenden und Angestellten, sondern konzentriert sich auf arme Vorstadtbewohnerinnen, die vom formellen Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Als sich die Corona-Krise Mitte März auch in Brasilien verschärfte, waren es Aktivistinnen der MTST, die als erstes Hilfe in den Armenvierteln leisteten. Über Spenden finanzieren sie ihr Projekt.

«Bolsonaro ist die Bevölkerung völlig egal.»
AKTIVISTIN ANDREIA BARBOSA

Brasilien hat die Corona-Krise hart getroffen. Das Land hat bereits die zweitmeisten Corona-Infizierten weltweit. Nur in den USA und Russland sind es mehr. Offiziell sind über 24 600 Menschen (Stand: 27. Mai) an Covid-19 gestorben. Die Dunkelziffer dürfte jedoch viel höher liegen, da in kaum einem Land so wenig getestet wird wie im grössten Staat Lateinamerikas. Eine Studie des Imperial College in London zeigt zudem, dass Brasilien von 48 untersuchten Ländern die höchste Ansteckungsrate hat. Und in vielen Bundesstaaten Brasiliens ist das Gesundheitssystem bereits zusammengebrochen.

EIN DORN IM AUGE

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro spielt den Virus dennoch weiterhin hartnäckig herunter, spricht von einer «kleine Grippe» und fordert eine Rückkehr zur Normalität. Bolsonaro stellt sich zwar in seinen Reden gerne auf die Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter, um gegen die von den Landesregierungen beschlossenen Isolationsmassnahmen zu wettern. Doch viele Sozialprogramme wurden nach seinem Amtsantritt gekürzt, eine spezifische Politik für die Ärmsten gibt es in der Corona-Krise nicht. Das sieht auch Aktivistin Andreia Barbosa so: «Bolsonaro ist das Land und die Bevölkerung egal.» Bewegungen wie die MTST sind dem rechtsradikalen Präsidenten schon lange ein Dorn im Auge. Im Wahlkampf drohte er mehrmals damit, die MTST als kriminelle Vereinigung einstufen zu lassen.

Doch durch seinen Corona-Kurs erfährt Bolsonaro mittlerweile viel Gegenwind. Zwei Gesundheitsminister mussten während der Pandemie nach Konflikten mit dem Präsidenten gehen, auch ehemalige Mitstreitende wenden sich ab. Politisch ist Bolsonaro mittlerweile weitestgehend isoliert.

Nach Druck der linken Opposition hat der Kongress eine finanzielle Direkthilfe für informell Beschäftigte bewilligt. Umgerechnet etwa 200 Franken pro Person werden über drei Monate ausgezahlt. Das ist nicht viel, aber für die meisten armen Familien ist das zumindest ausreichend, um Essen und Miete zu bezahlen. Die dreifache Mutter im türkisen T-Shirt hat das Geld allerdings noch nicht erhalten – und ist weiterhin auf Essensspenden angewiesen.

Am Ende eines langen Tages steht Barbosa auf dem Balkon ihrer Wohnung. Auch heute haben die Aktivistinnen der MTST wieder zahlreiche Essensspenden ausgeliefert. Natürlich habe auch sie Angst vor dem Virus. «Aber die Menschen brauchen uns», sagt Barbosa und blickt auf das Meer aus Backstein und Wellblech herunter. «Deshalb fahre ich auch morgen wieder los.»

Lateinamerika: Corona-Kurve steigt steil an

In Süd- und Mittelamerika breitet sich der Coronavirus rasant aus. Mehr als 600 000 Menschen (Stand 27. Mai) sind nach offiziellen Angaben mit dem Virus infiziert. Die Dunkelziffer ist wohl allerdings um ein Vielfaches höher, denn viele Covid-19-Erkrankte werden nicht erfasst.

PREKÄR. Die ärmste Bevölkerungsschicht ist in ganz Lateinamerika am meisten betroffen. Sie hat höhere Ansteckungsquoten wegen der oft prekären Lebensbedingungen. Zudem verschärfen die teils strengen Anti-Corona-Massnahmen ihre ökonomisch ohnehin schwierige Situation. Viele arbeiten im informellen Sektor, etwa als Putzfrau ohne Arbeitsvertrag, als Strandverkäufer. Bleiben sie zu Hause, haben sie kein Einkommen.

* Niklas Franzen lebt in São Paulo und schreibt als Korrespondent für die «taz» und für «Neues Deutschland».

la suisse existe
Jean Ziegler

KRIEG UND SEUCHE

Seine wichtigsten Texte schreibt Uno-Generalsekretär António Guterres, von Hause aus Gymnasiallehrer für Mathematik, selber. Auf einem gelben Schreibblock, von Hand, in seinem kargen Büro im 38. Stock des Uno-Wolkenkratzers am East River in New York. Sein Appell an die Weltgesellschaft vom 23. März beginnt mit den Worten: «Legt die Waffen nieder, bringt die Kanonen zum Schweigen.» Guterres ruft zu einem «sofortigen Waffenstillstand überall auf der Welt» auf, um der «Furie des Coronavirus» zu begegnen.

Der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan hat immer wieder gesagt: «Die Uno, das ist jeder von uns.»

VERGEBLICHER APPELL. *Von den 193 Uno-Mitgliedstaaten unterstützten 70 den Appell. Darunter allerdings keine einzige kriegführende Macht. Russlands Wladimir Putin, der in Idlib, der letzten aufständischen Provinz Syriens, Schulen, Wohnquartiere, Spitäler bombardieren lässt, sieht im Guterres-Appell ein «Manöver», das den «Kampf gegen den Terrorismus» behindere. Israel und die USA teilen diese Meinung.*

Auch unter den 70 unterstützenden Staaten praktizieren einige eine überaus heuchlerische Politik. Beispiel: Frankreich. Im fürchterlichen Vernichtungskrieg, den die saudiarabische Diktatur in Jemen gegen die aufständische Huti-Bewegung führt, lieferte Paris für 18 Milliarden Euro Splitterbomben, Granaten und Tausende Tonnen Munition.

Viele der heute auf dem Planeten wütenden Kriege sind sogenannt asymmetrische Konflikte. Guerrilla-Organisationen, die sich gegen die jeweilige Staatsmacht richten, reagierten unterschiedlich auf den Appell der Uno. Islamistische Gruppen lehnten jeden Waffenstillstand ab. Andere Aufstandsbewegungen jedoch erklärten einseitig die Niederlegung ihrer Waffen. Beispiele: die maoistische Neue Volksarmee auf den Philippinen, die separatistische Nationale Befreiungsarmee von Südkamerun oder die kommunistische Nationale Befreiungsarmee von Kolumbien. In all diesen Fällen verweigerte die Staatsmacht jedoch den Waffenstillstand.

Niedergeschlagenheit herrscht in den Uno-Hauptquartieren in Genf und New York. Einige Diplomaten versuchten, die Machtlosigkeit ihres Generalsekretärs kleinzureden. Ihr Argument: In der Geschichte habe noch keine Seuche je einen Krieg beendet.

Vor fast genau 100 Jahren fand in Genf die erste Generalversammlung des Völkerbundes statt. Sein Ziel: nie wieder Krieg. Der Völkerbund zerbrach an der Sabotage durch Adolf Hitler, am faschistischen Aufstand in Spanien, an der italienischen Aggression gegen Äthiopien, dem sowjetischen Angriff auf Finnland und schliesslich am grauenhaften Gemetzel des Zweiten Weltkriegs.

ZERSCHLAGUNG DER UNO? *Erwartet die Uno das gleiche Schicksal? Hat ihre Zerschlagung bereits begonnen? – Ich wehre mich gegen diesen Pessimismus. Der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan hat immer wieder gesagt: «Die Uno, das ist jeder von uns.» Von unserem Willen und unserer Vernunft hängt es ab, ob die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und der planetarischen sozialen Gerechtigkeit über die grassierende Unvernunft, die mörderischen Kriege und die Corona-Seuche triumphieren werden.*

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Grenzöffnung

«U huere guät!»

Als der Grenz-Gitterzaun endlich fiel, meinten einige in Kreuzlingen: «Es erinnert mich an den Fall der Berliner Mauer.» Während zweier Monate hatte der Zaun die eng verbundenen Städte Konstanz und Kreuzlingen entzweigeschnitten. Entlang Tausender Kilometer Grenze zwischen Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Österreich gehen

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

jetzt wieder die Schlagbäume hoch. Und alle können sich wieder besuchen und einen Job im Nachbarland antreten. «U huere guät» fühle sich das an, sagt die Thurgauer SP-Regierungsrätin Cornelia Komposch.

SCHWEXIT. Die Errungenschaft der offenen Grenzen und der Personenfreizügigkeit ist für die Menschen selbstverständlich geworden. Dass dem nicht so ist, zeigte der Corona-Lockdown. Und wenn es nach der SVP und der Lega dei Ticinesi ginge, sollten wir diese Errungenschaft sowieso abschaffen. Sie forderten, die Zöllner sollten ihre Grenzkontrollen fortführen. Am besten wohl bis zum Urnengang im September. Dann stimmen wir über die SVP-Schwexit-Initiative ab. Über den Austritt der Schweiz aus der Personenfreizügigkeit mit der EU.

Was die SVP will, macht Grossbritannien jetzt vor.

BREXODUS. Was die SVP für die Schweiz möchte, schreibt das britische Parlament derzeit gerade ins Gesetz. Ab 2021 müssen Bürger aus der EU wie auch aus der Schweiz, die neu in Grossbritannien arbeiten wollen, hohe Hürden überwinden: Sie brauchen eine höhere Ausbildung und eine Arbeitsstelle mit hohen Anforderungen, sie werden überprüft auf Englischkenntnisse und Strafregisterauszug. Gegen 70 Prozent der Arbeitnehmenden aus Europa, die heute in Grossbritannien arbeiten, könnten diese Hürden nicht überwinden. Die elitären und fremdenfeindlichen Töne der Regierung sind unüberhörbar: Sie wollen die polnischen Bauarbeiter und die rumänischen Pflegerinnen nicht mehr. Aber offensichtlich braucht die britische Wirtschaft sie. In Zeiten von Corona zeigt sich dies wieder besonders. Die Gewerkschaft Unison befürchtet deshalb «ein absolutes Desaster».

Seit dem Brexit verlassen mehr und mehr Zugewanderte aus Europa Grossbritannien. Und die Zahl der neu Einwandernden sinkt. «Brexodus» wird das genannt. Dafür steigt nun die Immigration aus dem früheren britischen Kolonialreich wieder an. Und damit auch die Schwarzarbeit. Irgendjemand muss die Arbeit ja machen.

UNIA online

FOTO: UNIA

Coronavirus-Prävention im Gastgewerbe

Setzt dein Betrieb die Corona-Schutzmassnahmen um? Teile uns mit, was in deinem Betrieb gut läuft und was nicht. Die Verstösse melden wir anonymisiert den zuständigen kantonalen Behörden. Zum Meldeformular:
www.unia.ch/gastgewerbe-corona

Die Corona-Gewinnler führen sich immer unverschämter auf

Swisslife-CEO Frost verbreitet Renten-Lüge

Der Versicherungskonzern Swisslife gehört zu den grossen Gewinnern der Corona-Epidemie. Dennoch plagt er Mieter und KMU.

CLEMENS STUDER

Patrick Frost ist der CEO des Versicherungskonzerns Swisslife. Frost hat 2019 fast 4,3 Millionen Franken kassiert. Die Swisslife ist auch eine der grössten Immobilenbesitzerinnen der Schweiz. Zusammengekauft hat sie die Häuser vor allem mit Geldern der Pensionskassenversicherten. Das ist ein todsicheres Geschäft. Weil die im

Swisslife besteht auf den vollständigen Mieten der Lockdown-Betroffenen …

BVG-Gesetz festgelegten Regeln dafür sorgen, dass immer die Bank gewinnt. Wie im Casino. Oder eben die Pensionskasse.

PENSIONSKASSEN-ABZOCKER

In der Corona-Krise leiden Hunderttausende KMU unter den Mietausgaben. Für die Lohnkosten springt die Arbeitslosenkasse ein. Das von SVP-Finanzminister Ueli Maurer und den Banken aufgegleiste Kreditprogramm hilft vielen, Miete, Bankzinsen und Versicherungsprämien für einige Monate zu bezahlen. Im Effekt ist es also ein Stützungsprogramm für die Finanzindustrie. work hat es gerechnet: **rebrand.ly/banken-sponsoring.**

Eine effiziente Massnahme, die von der Corona-Krise besonders betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigerwerbenden zu entlasten, wäre ein Mietzinserlass. Das hat die rechte Mehrheit im Parlament in der Corona-Session verhindert. Auch auf Druck der Finanzindustrie. Vorgeschobenes Argument: das würde den aktuellen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern schaden. Auch Swisslife-CEO Frost bläst in einem Interview mit der «Sonntagszeitung» ins gleiche Horn. Markig verkündet er: «Ich ärgere mich wirklich enorm über diesen Vorschlag.» Und behauptet: «Die Linke» wolle den «künftigen Rentnerinnen und Rentnern Geld wegnehmen». Das ist zumindest kontrafaktisch. Ein Mieterlass könnte die Swisslife laut Frost «10 Millionen Franken kosten». Tönt nach viel, ist aber ein Klacks gegenüber den Beträgen, die sich die Pensionskassen leistungslos in die Tasche stecken. Alleine für «Vermittler» fliessen Jahr für Jahr 300 Millionen Franken Versichertengelder in private Taschen. Und

… obwohl sein Verlust durch den Mieterlass nur ein Klacks wäre.

die Versicherungskonzerne wie Swisslife haben eine garantierte Rendite von 10 Prozent auf den mit den Geldern der Versicherten erwirtschafteten Gewinnen – vor Abzug der Kosten, die sie dann auch noch teuer verrechnen. Das sind pro Jahr mehr als 550 Millionen Franken – unabhängig, wie gut die Konzerne arbeiten. Das alles ist Geld, das eigentlich den Versicherten gehören würde.

PATRICK FROST: Eiskalt behauptet der Swisslife-CEO, «die Linke» wolle den Rentnerinnen und Rentern Geld wegnehmen. FOTO: SWISSLIFE

MASSLOS UND GIERIG

Und noch ein paar Zahlen: Swisslife gehören rund 1300 Immobilien in einem Gesamtwert von 33 Milliarden Franken. Im vergangenen Jahr kassierte der Konzern Mieten von über 1,2 Milliarden Franken. Und schüttete an die Aktionäre 672 Millionen Franken Dividende aus. Trotzdem beharrt der Konzern unter CEO Frost auf den vollständigen Mieten der vom Lockdown-Betroffenen, wie eine Umfrage des «Sonntagblicks» zeigte. Wehren mag sich niemand der Beizer und Gewerblerinnen. Denn die Swisslife hat gezeigt, wie profitgierig sie ist: dass der Warenhauskonzern Manor seine Filiale an der Zürcher Bahnhofstrasse im vergangenen Januar räumen musste. Er war nicht bereit, die von Swisslife von 6,3 auf 19 Millionen jährlich verdreifachte Miete zu bezahlen.

Dividenden-Abzocker: FDP-Ständerat und Unternehmer Noser jammert

Kurzarbeitsentschädigung vom Staat beziehen und gleichzeitig den Aktionärinnen und Aktionären Dividenden auszahlen, das geht gar nicht. Das fand eine Mehrheit des Nationalrats und sprach sich für ein Dividendenausschüttungsverbot für Grossfirmen aus. Doch die Mehrheit des Ständerates verhinderte dieses in der Corona-Sondersession. Details hier: **rebrand.ly/gewinne-privat.**

RUEDI NOSER: Experte für Steuerschlupflöcher. FOTO: KEYSTONE

FETTE DIVIDENDEN. Am heftigsten legte sich Ruedi Noser gegen das Dividendenverbot ins Zeug. Noser sitzt für die Zürcher FDP im Ständerat und wurde auch dank der Unterstützung der rechten Grünen von der GLP wiedergewählt. Er sei «entsetzt» über das Dividendenverbot des Nationalrates. Unterdessen wurde bekannt, dass auch Noser zumindest einen Teil seiner Lohnkosten von der Arbeitslosenkasse begleichen lässt. Und sich als Hauptaktionär fette Dividenden ausbezahlen lässt. Auf dem Internetportal **tsueri.ch** jammerte er, sonst könnte er seine Steuern nicht bezahlen. Sein «Entsetzen» ist also vor allem der eigenen Profitmaximierung geschuldet. Denn: würde sich Noser nicht – wie er es offensichtlich tut – einen grossen Teil des Mehrwertes, den seine Lohnabhängigen erarbeiten, als steuerrabattierte Dividenden ausbezahlen, sondern als Lohn, könnte er auch seine Vermögenssteuer problemlos bezahlen. Der Trick, sich als Firmenbesitzer oder Finanzspekulant den Profit via ganz oder teilweise steuerfreie Dividenden ausbezahlen zu lassen, ist eines der grössten Steuerschlupflöcher der Schweiz.

MINISTEUER. Und schwächt zusätzlich die Sozialwerke, weil auf Dividenden nicht bloss eine Ministeuer anfällt, sondern Dividenden- und Kapitaleinkommen auch von den Sozialabgaben befreit sind. Konkret: Während also die Verkäuferin ihre 4000 Franken Monatslohn vollumfänglich versteuern muss, kassieren Leute wie Noser einen grossen Teil ihres Einkommens steuerbegünstigt bis steuerbefreit und bezahlen dafür nicht einmal Beiträge an die AHV. (cs)

Der Trick: Firmenbesitzer holen sich den Profit via steuerfreie Dividenden.

50 Jahre Fremdenhass: Von Schwarzenbach bis SVP

Der braune Faden

Die Schwarzenbach-Initiative war kein Unfall der Schweizer Geschichte. Und ist schon gar nicht historisch erledigt. Sondern ein Stück jenes braunen politischen Fadens, der sich bis in die Gegenwart zieht.

CLEMENS STUDER

7. Juni 1970: 54 Prozent sagen Nein zur Schwarzenbach-Initiative. Ausschliesslich Männer. Frauen hatten in der Schweiz damals noch kein Stimm- und Wahlrecht. Vorausgegangen war ein heftiger Abstimmungskampf. Ein Ja zu James Schwarzenbachs Initiative gegen die «Überfremdung» hätte dazu geführt, dass bis 400 000 Migrantinnen und Migranten ausgeschafft worden wären. Offiziell waren alle zentralen Organisationen und Parteien dagegen und alle Publikationen von der damals noch freisinnigen NZZ bis zum kommunistischen «Vorwärts». Doch in der Bevölkerung brodelte es. Denn dem in der Wolle gefärbten Faschisten Schwarzenbach (siehe unten) war es gelungen, die Erzählung von der «Schädlichkeit» der Nicht-Eidgenossen weit zu verbreiten. Die Diskussionen darüber spalteten Familien. Die Initiative wurde trotz der breiten offiziellen Nein-Front nur relativ knapp abgelehnt.

Bewunderung für Faschist Schwarzenbach ist ungebrochen.

Zurück blieben traumatisierte Menschen (siehe die Berichte der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Seiten 10 und 11). Und es folgte eine Phase der Arbeitsimmigration von quasi Rechtlosen. Das änderte sich erst mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen **(rebrand.ly/unser-arbeitsmarkt).**

KONTINGENTE STEUERN NICHTS

Die Bewunderung für den Faschisten Schwarzenbach ist in rechten Kreisen auch heute noch ungebrochen. Für einige Jahre war sie eher still. Jetzt wird sie zunehmend wieder laut. Ein Beispiel dafür ist SVP-Nationalrat Peter Keller. Er hat eine lange Lobhudelei auf den Fremdenhasser James Schwarzenbach und seine Initiative verfasst. 2020! Keller ist auch Journalist für die «Weltwoche» von SVP-Nationalrat Roger Köppel. Dort erschien unlängst eine Heiligsprechung des faschistischen spanischen Diktators Francisco Franco, was Schwarzenbach sicher gefallen hätte. Kellers Kernthese: Dank der fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Initiative habe die Schweiz Kontingente eingeführt um «die Zuwanderung zu steuern». Da hat er nicht unrecht. Einst wie heute brachen rechte Parteien unter dem Druck der extremen Rechten und der Wirtschaftsverbände ein. SVP-Keller vermeldet das als Erfolg und trommelt damit für die Kündigungsinitiative seiner Partei, über die wir im Herbst abstimmen.

LÖHNE UNTER DRUCK

Dabei ist das Gegenteil richtig: Mit der Schaffung von einer im wesentlichen rechtlosen Armee von migrantischen Arbeitskräften gerieten die Löhne erst recht unter Druck. Auch die der Schweizerinnen und Schweizer. Den Unmut über ihre soziale Lage und die noch ungerechtere Verteilung des Profits, der durch die Lohnabhängigen erarbeitet wurde, leiteten die Rechten und die Wirtschaftsverbände auf «die Ausländer» ab. Leider blieben auch die Gewerkschaften in dieser Frage nicht alle sauber (siehe Seite 13). Der Export der Arbeitslosigkeit während der Ölkrise in die Herkunftsländer der «Fremdarbeiter» galt auch in gewissen gewerkschaftlichen Kreisen als «Erfolg».

Letzteres hat sich seither verändert. Die SGB-Gewerkschaften wissen heute und sagen das auch immer wieder deutlich: Nicht die migrantische Kollegin oder der migrantische Kollege ist verantwortlich für schlechte Arbeitsbedingungen und zu tiefe Löhne, sondern die Arbeitgeber und die Lohndrücker-Parteien von SVP bis GLP.

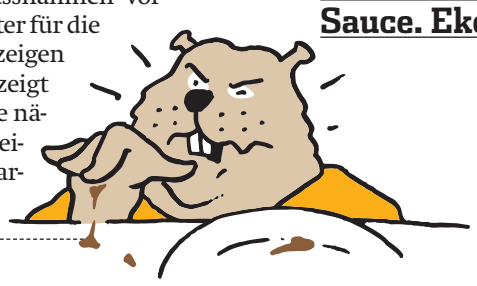
SÜNDENBÖCKE

Nicht verändert hingegen hat sich auch 50 Jahre nach Schwarzenbach die Wirtschaftspolitik der rechten Parteien und der Arbeitgeber. Exemplarisch bei der SVP. Diese verfolgt als Partei der Milliardäre eine Politik für die Reichen und die Konzerne. Mit Steuergeschenken an die Reichen, freier Fahrt für die Abzocker der Finanz- und Versicherungsindustrie, für Immobilienhaie und Lohndrücker. Und einer Politik gegen die Gering- und Normalverdienenden, gegen die Rentnerinnen und Rentner mit Sozialabbau, Gebührenerhöhungen und Krankenkassenprämien-Explosion. Aus historischen Gründen wird einzig die Bauersame finanziell gehätschelt. Und zwar möglichst ohne Verpflichtung, für die vielen Subventionsmilliarden wenigstens halbwegs ökologisch zu produzieren.

Als Ventil für den Frust der breiten Masse über immer weniger Geld im Portemonnaie präsentieren uns SVP & Co. Sündenböcke. Auch heute noch sind das wie schon bei Schwarzenbach mit Vorliebe «die Ausländer». Das nächste Mal mit Bestimmtheit in der Kampagne für die SVP-Kündigungsinitiative. Diese verlangt den Austritt der Schweiz aus der Personenfreizügigkeit mit der EU. Und damit das Ende der lohnschützenden flankierenden Massnahmen. Ein Ja dazu würde eine massive Verschlechterung der Arbeitnehmendenrechte führen. Denn das Kontingentsystem, das der SVP anstelle der Personenfreizügigkeit einschliesslich flankierender Massnahmen vorschwebt, war ein Desaster für die Lohnabhängigen. Das zeigen die Zahlen. Und das zeigt die Geschichte. Und die nähere Gegenwart wird zeigen, was die Schweiz daraus gelernt hat.

***DER FÜHRER UND SEINE MANNEN:** Oben Schwarzenbach (mit Pfeife), unten Blocher. Und immer dabei: Ex-SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer (oben links hinter Schwarzenbach, unten rechts hinter Blocher). Er diente zuerst Schwarzenbach als Sekretär und wurde danach zum engen Weggefährten von Blocher. Seine Einstellungen musste er dafür nicht ändern.* FOTOS: KEYSTONE

Biberli meint: «Immer wieder diese braune Sauce. Ekelhaft!»



Grossbürger & Faschist: Ein Sohn aus bestem Hause

***JAMES SCHWARZENBACH:** Verklemmter Katholik.* FOTO: KEYSTONE

James Eduard Schwarzenbach wurde 1911 in eine grossbürgerliche Zürcher Textilfabrikantenfamilie geboren. Familiär verbunden waren die Schwarzenbachs unter anderem mit der Sippe der deutschfreundlichen Willes. Aus dieser stammte General Ulrich Wille, der gerne an der Seite des Deutschen Reiches in den Ersten Weltkrieg gezogen wäre. Und er war massgeblich an der massiven Gewalt gegen die Landesstreikenden 1918 beteiligt. Sein Sohn Ulrich junior lud 1923 Adolf Hitler in das Sippen-Gut «Villa Schönberg» in Zürich ein. Hitler sammelte bei dieser Gelegenheit bei Schweizer Industriellen eine grosse Summe an Spenden ein, die ihm später die Finanzierung seines Münchner Putsches ermöglichte.

FAMILIENTRADITION. Schwarzenbach engagierte sich auch für die Faschisten. Er gehörte zu den führenden Köpfen der Schweizer Frontisten. Die «Nationale Front» war die stärkste Gruppierung der Schweizer Faschisten in den 1930er Jahren. Sie entstand aus dem Zusammengehen der von Jungfreisinnigen gegründeten «Neuen Front», die akademisch geprägt war, und der eher proletarisch-völkischen «Nationalen Front». Ihr gehörte auch der spätere Zürcher Literaturprofessor Emil Staiger an, der sich auch 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des deutschen Nazi-Regimes bei einer Rede zur Verleihung des Zürcher Literaturpreises reaktionär äusserte und dafür unter anderem von Schriftsteller Max Frisch heftig kritisiert wurde.

VERLEGER. Auch Schwarzenbach betätigte sich als Schriftsteller und Autor. Seine erste «Rebellion» war die Konvertierung vom Protestantismus, der Konfession des Zürcher-Geldadels, zum Katholizismus. Die klerikal-faschistischen Denker, die in der Französischen Revolution und der Aufklärung den Beginn allen Unheils sahen, liessen ihn lebtags nicht los. In seinem Thomas-Verlag veröffentlichte er antisemitische Bücher – und die deutschsprachige Ausgabe der Memoiren des sowjetischen Überläufers Victor Kravchenko. Antisozialismus blieb eine Konstante in Schwarzenbachs Leben und seiner Bündnispolitik. Zudem war Schwarzenbach ein religöser Schwärmer und sexuell Verklemmter mit Gewaltphantasien. Das machte insbesondere Historiker Stefan Keller 1994 in seinem Nachruf auf ihn in der «Wochenzeitung» öffentlich. Keller waren in einem Churer Antiquariat Tagebücher von Schwarzenbach aufgefallen. Der Schwarzenbach-Clan verklagte Keller und die WOZ.

Die Parteien einigten sich auf einen Vergleich: Schwarzenbachs Erben kauften Keller die pikanten Tagebücher für 3000 Franken ab. Kellers Artikel ist in Mediendatenbanken weiter zugänglich. (cs)

Enrique Ros: «Die Angst blieb»

«SPANJOGGEL»: Enrique Ros (64) bekam den Rassismus in der Schule zu spüren.

«In der Schule war ich eigentlich immer der einzige Spanier. Und in der Sekundarschule war ich dann das einzige Ausländerkind. Die Lehrer haben mich teilweise nicht einmal mit dem Namen angesprochen. Sondern gesagt: Da, der Spanier dort hinten, und so.

FRANCO-DIKTATUR. Meine Eltern führten das Restaurant Commerce. Hier trafen sich viele Leute, auch aus Kunst und Politik, sowie Spanierinnen und Spanier, die in Bern lebten. Während der Schwarzenbach-Zeit herrschte im Familienbetrieb grosse Angst. Uns Kindern wurde eingetrichtert: ‹Ihr müsst still sein. Ihr müsst lieb sein.› Das Wichtigste war, nicht aufzufallen. Damit die Initiative nicht angenommen wird, damit sie uns nichts machen.

Meine Mutter hat häufig geweint. Es ging ihr schlecht. Sie hat gesagt: ‹Wie können diese Schweizer uns rausschmeissen wollen? Wir haben doch nichts gemacht? Wir arbeiten doch, wir zahlen Steuern. Wenn wir die Koffer packen müssen … Was machen wir denn in Spanien?› Die Verunsicherung war für alle existentiell.

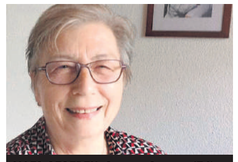
Damals war Spanien unter Franco noch eine Diktatur. Mein Vater wurde dort als junger Mann in ein Konzentrationslager gesteckt. Später habe ich dann realisiert, dass uns ein demokratisches Land wie die Schweiz in eine Diktatur hätte zurückschicken wollen. Das war für mich unglaublich.

NIE VERGESSEN. Als die Schwarzenbach-Initiative abgelehnt wurde, war es eine riesige Erleichterung. Aber es kamen eine zweite und eine dritte Initiative. Und das Gefühl der Angst, der Unsicherheit … es ist nicht weggegangen.

Ob ich mich in der Schweiz zu Hause fühle? Ja, in ganz vielen Sachen schon. Ich bin hier aufgewachsen. Ich habe immer hier gelebt, es geht mir gut. Und doch konnte ich nie vollständig dieses Grundgefühl entwickeln, von: Du gehörst hierhin. Als Kind entwickelte ich ein anderes Bewusstsein: Eigentlich können die mich hier rausschmeissen. Und irgendwie ist das nie ganz weg.»

AUFGEZEICHNET VON DERYA BOZAT
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

Gemma Capone: «Nicht dein Land!»



ALLES GEGEBEN: Gemma Capone (74) chrampfte in der Fabrik und zu Hause.

«Ich wohnte in Rapperswil SG, das war ein sehr offener Ort. Aber insgesamt war die Stimmung in der Schweiz unangenehm. Wie wenn etwas in der Luft wäre. Du hattest das Gefühl, du bist nicht akzeptiert. In Zürich gab es ein Restaurant mit einem Schild: ‹Keine Hunde und Italiener›. Und diese Kämpfe im Fernsehen und dieser Mann, Schwarzenbach … Alles hat gewackelt. Es tat weh.

Wir haben ihre Strassen gebaut, ihre Spitäler, ihre Schulen. Wir sollten gesund sein, wir sollten arbeiten. Wir haben unsere Jugend gegeben für die Produktion. Wir haben viel gegeben. Und doch haben wir immer gespürt: Das ist nicht dein Land. Du hast keine Rechte. Das gehört alles nicht dir. Du bist am falschen Ort.

ARBEITERIN UND MUTTER. Wir haben gearbeitet und waren Hausfrauen mit kleinen Kindern. Ich und eine Nachbarin. Sie hatte Morgenschicht, und ich hatte Nachtschicht. Sie schaute für meine Kinder und ich für ihre. Wir haben uns abgewechselt. So haben wir das gemacht. Es war ein Kampf. Aber die Italiener haben sich organisiert, haben gekämpft für die Rechte. Damals, aber auch später mit der Unia. Für den 13. Monatslohn zum Beispiel. Der Lebensstandard ist besser geworden. Wir haben also nicht nur für uns gekämpft, sondern auch für andere.

Letztes Jahr habe ich einer Lokalzeitung gesagt: ‹Rapperswil ist mein Herz.› Wir sind dankbar. Wir haben ein gutes Leben gehabt, trotz allem. Aber man sollte die Geschichte nicht vergessen. Darum müssen wir auf diese Erfahrung mit Schwarzenbach schauen. Viele Leute wurden verletzt, viele Kinder. Das ist passiert. Das bleibt für immer. Also muss man kämpfen. Denn das darf sich nicht wiederholen.»

AUFGEZEICHNET VON NOÉMI SCHÖB
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

Giuseppe Reo: «Wohnten in Baracken»

«EN GRUUS»: Unia-Mann Giuseppe Reo (55) musste als Bub zur Fremdenpolizei.

«Wenn du in der Schule ein Brötchen mit Mortadella gegessen hast, wurdest du ausgelacht: ‹Ähhh, en typische huerä Tschinggu!›. Einige Eltern wollten nicht, dass ihre Kinder sich mit uns anfreundeten. Ich erinnere mich an einen guten Kollegen, mit dem ich bis heute Kontakt habe. Seine Mutter hat mir gesagt: Sie wolle nicht, dass ihr Sohn mit einem ‹Tschinggu› verkehre. Als in Aarberg BE das Kraftwerk gebaut wurde, zügelten wir dorthin. Mein Vater arbeitete dort. Wir wohnten in Baracken, drei Zimmer aneinander. Der zuständige Bauführer dazumal, ganz ein flotter Mann, hat dann dafür gesorgt, dass es einen Durchbruch zwischen den Wänden gab. So hatten wir Zimmer, die durch Schiebetüren verbunden waren.

Gegessen haben wir in der Kantine. Auch die WC und die Duschen waren natürlich draussen. Die teilten sich alle. Wir haben dort einige Jahre gelebt, das war eine relativ harte Zeit.

FREMDENPOLIZEI. Ich kann mich erinnern, wie ich als Bub jeweils zur Fremdenpolizei musste. Das war in Bern, beim Waisenhausplatz. Da kamst du rein, das war eine Riesenhalle mit Holzbänken. Riesig lange Holzbänke. Dort war so ‹en Räche› am Eingang, da musstest du durch, und dann bekamst du einen Zettel.

EINGEPFERCHT. Ich habe diese Halle heute noch vor mir. Mit diesem Zettelchen und dann das grosse Ding an der Wand, das andauernd blätterte und irgendeine Nummer kam. Wir haben manchmal Nachmittage in dieser Wartehalle verbracht. Und wenn deine Nummer kam, wurdest du in ein ‹Kabäuseli›, in ein kleines Zimmerchen, gepfercht wie eine Kuh. Und die fragten dich dort: ‹Was weit er? Wo sit er denn und denn gsii? Was heit er denn und denn gmacht? Ja, wiso sit dr de ned früecher cho?›

Das Ganze war mir jedesmal ‹en Gruus›. Diese Halle … Ja, ich könnte diese Halle heute noch zeichnen.»

AUFGEZEICHNET VON LAURA SCHLEISS
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

Guglielmo Grossi: «Erstmals Einheit»

POLITISCH: Guglielmo Grossi (74) organisierte sich in den «Colonie libere».

«Die Schweizer und die Italiener, das waren getrennte Welten. Am Arbeitsplatz sowieso. Das waren alle Italiener, der Chef ein Schweizer. Aber die Italiener organisierten sich. Es gab zwei starke Organisationen: die Linken und die Katholiken.

Die Linken waren in den ‹Colonie libere italiane›. Sie wurden schon in den 1930er Jahren gegründet. Von Menschen, die vom Faschismus verfolgt wurden und in die Schweiz geflohen waren. Sie organisierten sich zuerst versteckt, weil sie auch hier verfolgt wurden. Und zwar durch Mussolinis diplomatische Vertretung in der Schweiz. 1943 gründete sich die ‹Federazione colonie libere italiane› offiziell, ich wurde später ihr Präsident. Länger im Untergrund blieb aber die Kommunistische Partei Italiens, weil sie in der Schweiz verboten war.

AGITATOREN. Die politisch Aktiven waren vor allem gutqualifizierte Metallarbeiter. Sie kamen in den 1950ern aus dem industriell starken Norden in die Schweiz. Denn damals haben die USA durch ihre Botschafterin in Italien gefordert, dass alle Agitatoren – also die Kommunisten – aus den italienischen Fabriken rausgeworfen werden. Das wurde auch systematisch gemacht. Viele grosse Firmen stellten deshalb gute Berufsleute auf die Strasse oder aber: Sie gaben die Arbeiter den Schweizer Händlern, die in die Fabriken kamen, um die Gutqualifizierten abzuwerben.

EINMALIGE EINHEIT. Die Linken und die katholische Organisation waren eigentlich getrennt. Aber 1970 passierte etwas Wichtiges: Sie haben sich zum ersten Mal zusammengetan wegen der Schwarzenbach-Initiative. Es gab eine grosse Konferenz in Luzern. Diese Versammlung war im Zeichen der Einheit. Und es war das einzige Mal, dass sich die Italienerinnen und Italiener in der Schweiz öffentlich zur Initiative erklärten.»

AUFGEZEICHNET VON SERAINA CAMPELL
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

FOTOS: ARTTV.CH, RSI.CH, UNIA, SWISSINFO

Schwarzenbach: Sie mussten zittern

Zwei Zeitzeuginnen und vier Zeitzeugen erinnern sich an die Schwarzenbach-Abstimmung vom 7. Juni 1970, als wäre es gestern gewesen. So gross war damals ihre Angst. Und so sehr traf sie die fremdenfeindlich aufgeheizte Stimmung im Land. Die zwei Frauen und vier Männer haben ihre Geschichten für ein Forschungsprojekt* der Uni Bern erzählt. work bringt sie hier stark gekürzt.

Angela Vescio (73) kam 1969 aus Kalabrien nach Bern:

«Das war gar nicht human!»

ANGELA VESCIO: War Fabrikarbeiterin bis 1971, ab 1974 bis zur Pensionierung handwerkliche Mitarbeiterin in einem 100-Prozent-Pensum beim Geographischen Institut der Universität Bern. Ehrenmitglied des Vereins «Casa d'Italia» in Bern, Mitglied der «Comitati degli italiani all'estero» Bern und Neuenburg, Gründerin der Gruppe «Solidarietà donne» in Bern.

FOTO: ZVG

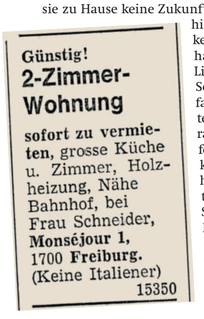
«Ich kam zwei, drei Tage nach meiner Hochzeit in Kalabrien nach Bern. Mein Mann hatte schon hier gearbeitet, also bin ich mit ihm gekommen. Und ich hatte sofort eine Stelle, in der Fabrik Wenger in Gümligen BE.

Ich weiss nicht mehr, wann ich zum ersten Mal von der Schwarzenbach-Initiative gehört habe. Nicht im Radio. Wir Italiener hatten nämlich meistens keins. Denn wir mussten eine Gebühr zahlen, die für uns sehr hoch war. Ich hatte auch

«Hätte Schwarzenbach gewonnen, hätten die Schweizer verloren.»

Mühe mit Deutsch. In Italien hörte ich immer die Nachrichten, aber in der Schweiz konnte ich das zuerst nicht mehr. Und auf italienisch gab es praktisch nichts. Nicht einmal Bücher.

WAS PROFITIEREN? Viele Leute kamen aus Italien, weil sie keine Arbeit hatten. Weil sie zu Hause keine Zukunft hatten. Aber hier sollten wir keine Gefühle haben. Keine Liebe, nichts. Sondern einfach nur arbeiten und in Baracken schlafen. Es gab keine Sicherheit, viele hatten nur eine Saisonnier-Bewilligung, mussten immer wieder ausreisen. Mama und Papa haben gearbeitet, und die Kinder waren in Italien oder hier versteckt. Das war gar nicht human.



Trotzdem hat Schwarzenbach behauptet, die Italiener würden hier nur profitieren. Taten wir aber nicht! Was profitieren? Wovon soll man profitieren, wenn man zwanzig Stunden unten in einem Loch im Gotthard gearbeitet hat? Und nur gerade genug verdient zum Leben? Was soll man da profitieren? Wir haben den Schweizern doch nichts weggenommen! Die Italiener haben draussen gearbeitet, Schwerarbeit geleistet. Warum wollten sie uns wegschicken? Für mich ist das nicht menschlich. Und wenn Schwarzenbach gewonnen hätte, dann hätten die Schweizer verloren.

Ich habe nie schlecht über die Schweizer gedacht, ich bin jetzt seit 50 Jahren hier. Ich habe Freunde gefunden. Und viele Schweizer haben damals auch nicht verstanden, warum ein Teil der Schweizer zu dieser Initiative Ja gesagt hat.

GUT GEMACHT! Ich erinnere mich an die Abstimmung. Ich war bei der Arbeit in der Fabrik. Und plötzlich hatten wir keinen Strom mehr. Die Maschinen standen still. Und ich habe zu meiner Vorgesetzten, der Frau Ciana, gesagt: ‹Frau Ciana, das ist der Schwarzenbach, der das gemacht hat.› Und Frau Ciana hat gelacht und gesagt ‹Ja, Angela, das war Schwarzenbach. Er ist wütend, dass er verloren hat.› Ich erinnere mich noch gut.

Bei der ersten Schwarzenbach-Initiative hatte ich weniger Angst als bei der zweiten (1974) und dritten (1977). Da hatte ich mich nämlich von meinem Mann getrennt. Ich war eine arbeitende und alleinerziehende Mutter. Wo sollte ich hin mit drei Kindern? Hier hatte ich Arbeit, eine Bewilligung, ich hatte nie irgendwelche Probleme, ich hatte guten Kontakt mit den Nachbarn.

Aber zum Glück ist das nicht passiert. Das haben sie gut gemacht, die Schweizer Leute. Gut, gut, gut!

Aber leider vergessen wir zu schnell. Heute gibt es den Blocher in der Schweiz und in Italien Salvini … Auch sie wollen die Ausländer wieder draussen haben. Ich verstehe es nicht. Wie können die Menschen die wählen? Für mich wäre das unmöglich. Wir sollten mehr aus der Geschichte lernen.»

AUFGEZEICHNET VON
AVA-KATHARINA SENFTEN
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

Giuseppe Però (70) kam 1968 aus Apulien nach Wettingen:

«Danach hab ich gejubelt»

GIUSEPPE PERÒ: War Hilfsarbeiter bis 1970, danach Werkmeister bei Gutor und ABB. Seit 1986 führt er mit seiner Frau eine Parfumerie. Präsident der Christlichen Internationalen Arbeitervereinigung ACLI in Wohlen AG. FOTO: NICO ZONVI

«Ich bin in einer grossen Familie aufgewachsen. Wir waren neun Kinder. Uns ging es gut. Ich besuchte die Kunstschule. Zwei Jahre hätte ich noch machen müssen. Aber dann verliess uns mein Vater. Und ich ging in die Schweiz. Ich wollte meiner Mutter helfen, ihr Geld schicken. Ich war 18. Und bekam eine Stelle im Metallbau, bei Gutor in Wettingen AG. Zuerst als gewöhnlicher Arbeiter, ohne Spezialisierung und ohne Deutsch zu können. Aber ich hatte Glück: Ich konnte die Zeichnungen lesen. Und der Werkstattchef war Italiener. Das war meine Rettung. Ich besuchte Kurse, und nach einem halben Jahr wurde ich schon Vorarbeiter.

Das sahen nicht alle gern. Vor allem zwei, drei Schweizer versuchten, mir Fehler anzuhängen. Geholfen hat mir, dass ich

«Wir standen da, den Oberkörper frei, 400 bis 500 Menschen in einer Reihe. Wie die Tiere.»

Goalie beim FC Wohlen war. Dafür war ich bei meinen Mitarbeitern bekannt, und viele haben mich deshalb auch als Vorarbeiter toleriert.

WIE VIEH. Schlimm war, dass ich Ende Jahr immer wieder nach Hause reisen musste. Ich war Saisonnier, durfte immer nur ein paar Monate bleiben. Ich wusste nie, ob ich einen neuen Vertrag bekomme und wiederkommen darf. Diese Unsicherheit war traumatisierend.

Das Schlimmste aber waren die Einreisen in die Schweiz. An der Grenze in Chiasso. Der ganze Zug wurde kontrolliert, wir mussten aussteigen, uns ausziehen und uns röntgen lassen. Es war so kalt. Wir standen da, den Oberkörper frei, 400 bis 500 Menschen in einer Reihe. Wie die Tiere. Dieses Bild vergesse ich nie.

Ich hatte das Glück, bei einer italienischen Familie eine Wohnung zu finden. Ich hatte ein Schlafzimmer, ein Badezimmer. Das war Luxus, verglichen mit vielen anderen. Sie wohnten in Baracken. So Holzbaracken hatte es in Wohlen. Es war brutal, es war kalt dort drinnen. Und die haben dann jahrelang dort geschlafen, auch mit Kindern, auch mit Familie. Ich war schockiert, als ich das sah. Aber so war es. Die Baracken waren in der Nähe vom Friedhof. Reihe an Reihe, sicher 600 bis 700 Leute wohnten dort. Und der, der sie vermietete, wurde natürlich reich.

GROSSE FREUDE. Als die Schwarzenbach-Initiative kam, war ich schon zwei Jahre in der Schweiz. Die Stimmung war angespannt; wir wussten nicht, was mit uns passieren wird. Wir machten Sitzungen, wir Italiener. Viele waren Analphabeten. Ich konnte ihnen erklären, worum es bei dieser Initiative ging. Ich versuchte den Menschen Mut zu machen. Dann kam der Abstimmungssonntag. Ich erinnere mich noch genau. Ich hatte ein Spiel: Wohlen gegen Reinach. Ich stand im Goal, und es hatte einen Haufen Zuschauer. Viele Italiener bibberten – und ich auch im Goal. Trainer Steinmann sagte zu mir: ‹Ich weiss, du bist nervös› und ich sagte: ‹Du, wenn ich heute einen Seich mache, dann ist das nur wegen Schwarzenbach.› Ich habe gebetet. Um drei oder vier Uhr, nach der zweiten Halbzeit, haben wir gehört, dass die Initiative abgelehnt sei. Knapp zwar. Jesses Gott! Nachher habe ich gejubelt!

Wir waren glücklich, natürlich! Das war schon schön. Das gab den Leuten Freude. Die Stimmung gegen die Ausländer besserte sich. Und trotzdem gab es noch immer solche, die uns diskriminierten. Auch ich spürte das, obwohl ich als Goalie vom FC Wohlen beliebt war und akzeptiert wurde. Vordergründig war alles gut, super und so. Aber dann gab es gewisse Momente … und ich war wieder einfach der Tschingg. Das hat mich verletzt, das hat Spuren hinterlassen, ja. Aber später dachte ich: Ich bringe euch etwas. Und das ist mehr als nur meine Arbeitskraft. Wie es Max Frisch sagte: ‹Wir wollten Arbeiter, und dann kamen Menschen.›»

AUFGEZEICHNET VON DANIEL PLÜSS
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

* Auf fast 350 Seiten haben Geschichtsstudentinnen und -studenten der Universität Bern die Erinnerungen von 14 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen festgehalten. In persönlichen Gesprächen erzählen sie, wie sie die Schwarzenbach-Zeit als Arbeiterinnen und Arbeiter, Kinder oder Nachgeborene erlebt haben. Das Projekt ist Teil eines Seminars anlässlich des 50. Jahrestages der fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Abstimmung. Angestossen und geleitet wurde es von der Historikerin, Migrationsforscherin und Dozentin Francesca Falk. Die Inserate stammen aus Schweizer Zeitungen aus den 1960er Jahren.

Dokfilm I

Gegen das Fremde

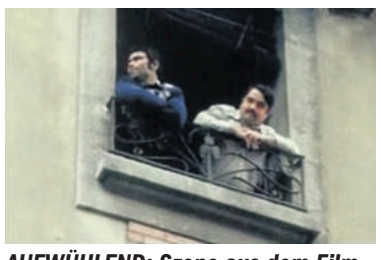
Eine Diktatur sei «gar nöd schlächt», die Uno dafür «ein korrupter Negerklub» und die Schweiz völlig «überfremdet». So sprach Nationalrat James Schwarzenbach, der einst berühmteste Politiker der Schweiz. Er starb 1994, doch sein Schatten reicht bis in die Gegenwart. Wobei die heutigen Ausländerfeinde besser organisiert und erfolgreicher sind, als es der egozentrische Einzelkämpfer war. Das zeigt Regisseur Beat Bieri mit seinem hervorragenden Dokumentarfilm «Gegen das Fremde» – erstmals ausgestrahlt im Jahr 2014, kurz nach der angenommenen SVP-Initiative gegen «Masseneinwanderung».

SRF-Dok: **Gegen das Fremde – der lange Schatten des James Schwarzenbach** von Beat Bieri, 2014, 49 Minuten. Online unter: **rebrand.ly/gegendasfremde.**

Dokfilm II

«Gastarbeiter» packen aus

Im Film «Die Jahre Schwarzenbach» von Katherine Dominice und Luc Peter kommen die ehemaligen «Gastarbeiterinnen und -arbeiter» aus Italien, Spanien und



AUFWÜHLEND: Szene aus dem Film über das hasserfüllte Klima gegen Saisonniers in den 1970er Jahren.

anderswo selbst zu Wort. Sie berichten von den damaligen Realitäten in den Fabriken, Baracken und auf den Baustellen. Und sie verraten, wie sie das hasserfüllte Klima der 1970er Schweiz überlebten. Ein äusserst aufwühlender Film mit seltenen Originalaufnahmen aus der Perspektive der Direktbetroffenen.

Die Jahre Schwarzenbach von Katherine Dominice und Luc Peter, 2010, 54 Minuten, französisch mit deutschen Untertiteln. Online unter: **rebrand.ly/diejahreschwarzenbach.**

Widerstand-Buch

So wehrten sich die «Tschinggen»

Der Abstimmungskampf um die Schwarzenbach-Initiative war hart und emotional. Doch Gegnerinnen und Befürworter hatten eines gemein. Sie sprachen stets über die Italienerinnen und Italiener, kaum je aber mit ihnen. «Maul halten und schaffe», hiess die Devise für die «Tschinggen». Doch nicht alle Eingewanderten taten, wie ihnen geheissen. Sondern organisierten sich in Hilfsvereinen, gründeten politische Gruppen, bauten Schulen auf und druckten Zeitungen. Und halfen mit, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit abzubauen. Wie genau, zeigt eindrücklich der Zürcher Historiker Angelo Maiolino. Als Sohn eines sizilianischen Paars erfuhr er den Schwarzenbach-Geist am eigenen Leib.

Angelo Maiolino: **Als die Italiener noch Tschinggen waren.** Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative. Rotpunktverlag, Zürich 2011. CHF 38.–.

Concetto Vecchios Schwarzenbach-Bestseller gibt's jetzt auf Deutsch

Die Italienerinnen und Italiener waren seine Obsession

«Jagt sie weg» heisst der Bestseller des italienischen Journalisten Concetto Vecchio, der in der Schweiz aufwuchs. Vecchio schildert darin, dass der Fremdenhass in der Ära Schwarzenbach für die Italienerinnen und Italiener sogar tödlich sein konnte.

KEIN ZUCKERSCHLECKEN: Italienerinnen in der Schokoladefabrik Lindt & Sprüngli in Zürich, April 1970. FOTO: KEYSTONE

RALPH HUG

Leonardo Zanier kam 1963 vom Friaul in die Schweiz. Ein junger Italiener voller Hoffnungen. Als Techniker fand er eine Stelle bei der Maschinenfabrik Borsari & Co. in Zollikon ZH. Zanier hatte einen rötlichen Bart, wache Augen und las viel. Schon zu Hause war er der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), einer der stärksten in Westeuropa, beigetreten. Klar, dass er sich in der Schweiz für die «Colonie libere italiane» starkmachte. Dort sassen die linken Migrantinnen und Migranten aus Italien zusammen und diskutierten. Erst viel später erfuhr Zanier, dass ihn der schweizerische Nachrichtendienst schon im Visier hatte, bevor er in die Schweiz eingereist war.

VERDÄCHTIGE ZEITUNGSLESER

Es reichte damals, die Zeitung «L'Unità» der KPI zu lesen, um als Italiener in die Fänge der Schlapphüte zu geraten. Das erfuhr auch Angelo Tinari, später Besitzer des Lokals «Punto d'Incontro» an der Josefstrasse in Zürich. Tinari setzte sich in ein Restaurant, wurde aber nicht bedient. Als er fragte, warum, sagte die Kellnerin, weil er die «Unità» lese. Tinari rief die Polizei. Doch die Beamten sagten ihm nur: «Da hat die Kellnerin gut daran getan.» Italienische Migrantinnen und Migranten waren zur Zeit der Schwarzenbach-Initiative Menschen zweiter Klasse. Standen sie links, kam zur Diskriminierung noch die politische Verfolgung durch den Staatsschutz hinzu.

Zur gleichen Zeit machte James Schwarzenbach und seine Nationale Aktion mit der Überfremdungsinitiative Stimmung gegen die verhassten «Tschinggen». Mit seinem Wahn, die Schweiz gehe vor lauter Einwanderern unter, hatte sich Schwarzenbach in vielen Köpfen eingenistet. Die Italiener waren seine Obsession. Rund 300 000 Menschen wären aus der Schweiz geworfen worden, wäre im Juni 1970 die Überfremdungsinitiative angenommen worden. Besonders fixiert war er auf Kommunisten und Linke, schreibt Concetto Vecchio in seinem höchst aktuellen Buch «Jagt sie weg!». Schwarzenbach habe die fixe Idee gehabt, dass die italienischen Einwanderer Umstürzler seien, in den Fabriken Streiks anzettelten und die disziplinierten Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter verderbten. Dabei hatten laut Vecchio nur wenige die Revolution im Sinn: «Die meisten wollten Geld für die Familie verdienen und in der Heimat ein Häuschen bauen.»

TÖDLICHER HASS

Zeitweise beschworen Schwarzenbach und seine Anhänger eine pogromartige Atmosphäre herauf. Das beschreibt Vecchio eindringlich. So wurde der Maurer Attilio Tonola aus Chiavenna, Vater von vier Kindern, 1968 im Engadin nachts von drei betrunkenen Schlägern derart schwer traktiert, dass er noch an Ort und Stelle verstarb. Vor Gericht kamen die Täter mit leichten Haftstrafen davon. Oder der Schreiner Alfredo Zardini aus Cortina: Er wurde in einem Lokal im Zürcher Kreis 4 zusammengeschlagen und starb. Niemand half ihm. Sein Mörder Gerry Schwitzgebel fasste lediglich 18 Monate Gefängnis wegen «Notwehrexzesses». Unbekannte gratulierten Schwitzgebel zu seiner «Lektion für die Tschinggen».

Schwarzenbach hatte die fixe Idee, dass die Italiener Umstürzler seien.

Concetto Vecchio: **Jagt sie weg! Die Schwarzenbach-Initiative und die italienischen Migranten.** Verlag Orell Füssli, Zürich 2020, ca. CHF 24.–.

CONCETTO VECCHIO:

JOURNALIST & AUTOR

FOTO: TWITTER

Concetto Vecchio wurde 1970 in Aarau geboren. Seine Eltern waren in den 1960er Jahren aus Sizilien in die Schweiz eingewandert. Vecchio wuchs in Lenzburg AG auf und kehrte als Jugendlicher mit den Eltern wieder nach Sizilien zurück. Heute lebt er in Rom und ist politischer Reporter bei der linksliberalen Tageszeitung «La Repubblica». Sein Buch «Jagt sie weg» war in Italien ein Renner, als es letztes Jahr unter dem Titel «Cacciateli! Quando i migranti eravamo noi» erstmals erschien. (rh)

work 1x1 der wirtschaft

David Gallusser

KRISEN: SO EXPORTIERTE DIE SCHWEIZ DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Für Arbeitnehmende aus der EU galten bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2004 Kontingente und Höchstzahlen. Auf dem Papier wollte man mit den Kontingenten die Migration steuern. In Tat und Wahrheit ging es aber darum, die Rechte der ausländischen Beschäftigten zu beschneiden und ihre Löhne zu drücken. Der Bundesrat setzte die Kontingente massgeblich so fest, dass die Arbeitgeberverbände die Arbeitskräfte erhielten, die sie sich wünschten. Kriegten einzelne Arbeitgeber nicht genug, beschäftigten sie die Ausländerinnen und Ausländer oftmals schwarz. Zu befürchten hatten sie wenig, die Behörden schauten weg.

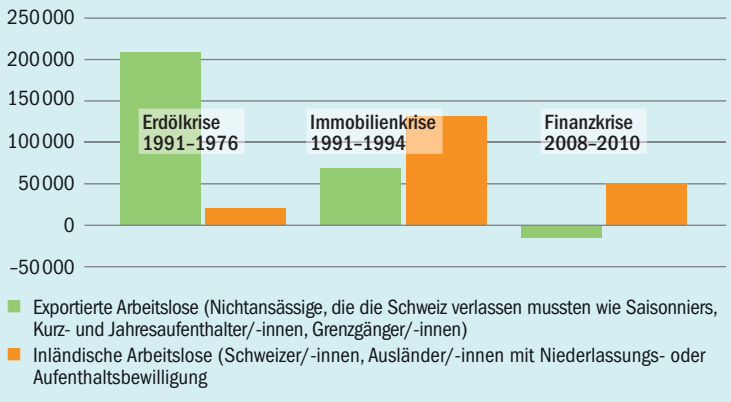
AUSGELIEFERT. Die Beschäftigten, die als Saisonniers oder Jahresaufenthalter im Rahmen der Kontingente in der Schweiz arbeiteten, waren den Bedingungen der Arbeitgeber praktisch ausgeliefert. Ihre Aufenthaltsbewilligung war an den Arbeitsvertrag gebunden. Saisonniers durften nicht einmal die Stelle wechseln. Kündigte der Arbeitgeber, verloren sie ihr Recht, in der Schweiz zu leben. Wie gnadenlos das alte Kontingentsystem war, zeigt ein Blick auf vergangene Wirtschaftskrisen in der Schweiz (siehe Grafik). In der Erdölpreiskrise von 1974 bis 1976 verloren über 200 000 Saisonniers und weitere «Nichtansässige» ihre Stelle. Sie mussten in ihre Herkunftsländer zurückkehren, obwohl sie zuvor massgeblich daran beteiligt waren, den steigenden Wohlstand in der Schweiz zu erarbeiten. Die Schweiz hat dadurch die Arbeitslosigkeit richtiggehend exportiert.

WENDE. Bis in die 1990er Jahre konnten sich immer mehr Ausländerinnen und Ausländer niederlassen oder einbürgern. So war es nach dem Platzen der Immobilienblase 1991 nicht mehr im gleichen Ausmass möglich, Arbeitslose aus dem Land zu verweisen. Die Zahl der im Inland registrierten Arbeitslosen nahm entsprechend stark zu. Doch auch in der Krise von 1991 bis 1994 wurde kräftig «exportiert»: Rund 70 000 Migrantinnen und Migranten verloren ihr Aufenthaltsrecht. Erst die Personenfreizügigkeit brachte die Wende. Arbeitslose mit einer Aufenthaltsbewilligung B müssen heute die Schweiz nicht mehr unmittelbar verlassen. Der Stellenabbau in der Finanzkrise 2008 bis 2010 widerspiegelte sich deshalb vor allem in höheren Arbeitslosenzahlen in der Schweiz.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Inländische und exportierte Arbeitslosigkeit

Zunahme der Zahl der inländischen registrierten Arbeitslosen und der exportierten Arbeitslosen während Wirtschaftskrisen in der Schweiz (die Veränderung der nichtansässigen beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer ist negativ, wenn die Beschäftigung steigt).



QUELLE: SHELDON (2007); EIGENE BERECHNUNG MIT ZAHLEN VON BFS, SECO UND SEM.

ALS ARBEITSKRAFT ERWÜNSCHT, ALS MENSCHEN NICHT WILLKOMMEN: Migranten aus Spanien am Bahnhof Genf Cornavin, 1962. FOTO: KEYSTONE

Schweizer Büezer spendeten Schwarzenbach den letzten Rappen

Das Spaltungs-Trauma der Gewerkschaften

Zuerst spaltete Schwarzenbach die Arbeiterbewegung, dann hätte er fast triumphiert. Auch wegen schwerer Fehler der Gewerkschaften.

JONAS KOMPOSCH

Am Montagmorgen des 8. Juni 1970 hatte das Zittern endlich ein Ende. Nun stand fest: Die Mehrheit der Schweizer Männer hatte tags zuvor der «Überfremdungsinitiative» von Nationalrat James Schwarzenbach eine Abfuhr erteilt. «Schwarzenbachab!» jubelte der «Blick» auf seiner Titelseite. Dabei war das Resultat alles andere als ein Riesentriumph: Nur gerade 54 Prozent sagten Nein zur Initiative, mit der bis zu 400 000 Ausländerinnen und Ausländer auf einen Schlag ausgewiesen worden wären. Die Frauen durften damals noch nicht abstimmen. In sechs Kantonen gab es sogar Ja-Mehrheiten. Und dies, obwohl sämtliche Zeitungen, die Wirtschaftsverbände, die allermeisten Gewerkschaften, der Bundesrat sowie alle wichtigen Parteien, einschliesslich der BGB (der heutigen SVP), Schwarzenbachs fremden- und wirtschaftsfeindliche Vorlage zur Ablehnung empfohlen hatten.

FLUCHENDER LOKFÜHRER

Wie also konnte der rechtsextreme Einzelkämpfer Schwarzenbach (siehe Seite 9) derart begeistern? Und warum stimmten auch viele Gewerkschaftsmitglieder für die Initiative des elitären Industriellenerben von der Zürcher Goldküste? Sein Erfolgsrezept gab Schwarzenbach später selbst preis – und zwar mit Stolz. Mit der Mobilisierung von nationalistischen und patriotischen Gefühlen sei es ihm gelungen, die Schweizer Arbeiterschaft zu spalten: «Ich habe sie nicht als Arbeiter, nicht als Berufsklasse, sondern als Schweizer angesprochen, und darin lag das Geheimnis des Erfolgs.» So sei es ihm auch gelungen, die Einheimischen gegen ihre ausländischen Arbeitskollegen und ihre Gewerkschaften aufzubringen.

Einer, der sich ganz genau an diese Spaltung erinnert, ist Helmut Hubacher (94), damals Chefredaktor der SP-Zeitungen und Nationalrat. Zu work sagt er: «Bei meinen ersten Reden gegen die Initiative schlug mir aus den eigenen Reihen heftiger Widerspruch entgegen.» Erst dann habe er realisiert, wie tief der Nationalismus bereits vorgedrungen sei – gerade auch in der Arbeiterschaft. So habe ihm Schwarzenbach einmal sein Spendenbüchlein gezeigt. Hubacher: «Aufgelistet waren nur Kleinbeträge von einem, zwei oder fünf Franken.» Einen einzigen hohen Betrag habe er entdeckt: 30 000 Franken. Doch auch dieser stammte nicht von einem Kapitalisten. Hubacher: «Der Spender war ein Lokführer und SP-Kantonsrat aus St. Gallen!» Sofort fuhr der spätere SP-Präsident in den Osten, um in Erfahrung zu bringen, warum dieser Parteikollege sein bitter Erspartes ausgerechnet dem steinreichen Fremdenfeind schenkte. Der Bähnler habe vor allem geflucht. Über die «elenden Tschinggen und Gotthard-Indianer», die mit ihren Koffern voller Salami seine Züge verstopften. So extrem seien jedoch die wenigsten gewesen, sagt Hubacher. «Viele Arbeiter haben sich insgeheim geschämt, weil sie in der Ausländerfrage wie der Faschist Schwarzenbach dachten.» Und ältere Arbeiter sahen sich häufig durch die jungen und kräftigen Italiener unter Druck gesetzt. «Aber anstatt diese ungerechte Konkurrenz beim Chef anzuprangern, beschuldigten sie die ausländischen Mitarbeiter», so Hubacher. Von ungefähr kam diese Haltung allerdings nicht.

Ein Lokführer spendete James Schwarzenbach 30 000 Franken.

«VERHÄTSCHELTE AUSLÄNDER»

Die meisten Gewerkschaften hatten nämlich nach dem Zweiten Weltkrieg den von den Rechten erfundenen Kampfbegriff der «Überfremdung» übernommen. Zudem plädierten sie grundsätzlich für eine Reduktion der Zahl der Migranten, da sie glaubten, so das Lohnniveau schützen zu können. Die Verlautbarungen gewisser Gewerkschaften unterschieden sich manchmal kaum von jenen der Ausländerfeinde. So etwa SP-Nationalrat Max Weber. Kurz vor dem Abstimmungstermin schrieb er in der Zeitung des Smuv, einer Vorgängergewerkschaft der Unia: Die «Vermehrung» der ausländischen Arbeitskräfte habe «zahlreiche unangenehme Auswirkungen gezeitigt». Und: «Wir werden den Kampf gegen die Überfremdung weiterführen.» Noch weiter ging die Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP). Sie behauptete, die Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter hätten jahrelang mit ansehen müssen, «wie seitens der Unternehmerschaft die ausländischen Arbeiter geradezu gehätschelt wurden». Mehr noch: «Man hat für die Ausländer Dinge unternommen, die man für die schweizerische Arbeiterschaft nie getan hätte.» Dieser Fremdenhass habe die Gewerkschaften damals fast zerrissen, sagt der ehemalige SGB-Chef Paul Rechsteiner. Und: «Er steckte ihnen noch lange in den Knochen. Bis die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) voranging und sich für die italienischen und spanischen Migranten öffnete.» Ex-Unia-Chef Vasco Pedrina spricht im Rückblick sogar von einem Spaltungs-Trauma: «Um dieses zu überwinden, mussten wir das damals herrschende System der Ausländerkontingente in Frage stellen. Als erstes begannen wir, gegen das diskriminierende Saisonnierstatut zu kämpfen.» Dieses fiel erst mit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002. Und der flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, ein grosser Gewerkschaftserfolg.

KLARTEXT DER COLONIE LIBERE

Politisch eindeutig liess sich die «Federazione delle colonie libere italiane in Svizzera» zu Schwarzenbach verlauten. Diesem 1943 von Mussolini-Gegnern gegründeten Verein gehörten Tausende italienische Emigrierte an. Und er sprach Klartext: «Schwarzenbachs Initiative spaltet die Arbeiterschaft entlang von Nationalitäten, was nur den Unternehmern nützt.» Es gehe deshalb nicht um «Schweizer gegen Italiener», sondern um «das höchste Gut»: die Einheit der Arbeiterklasse. Das wiederum war Musik in den Ohren von Ezio Canonica, dem Chef des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbands (GBH, später GBI, heute Unia). In ihm fanden die italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter endlich einen Verbündeten. Und als Canonica 1973 auch den Vorsitz des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds übernahm, erhielt die internationale Solidarität wieder einen hohen Stellenwert in der immer multikulturelleren Schweizer Gewerkschaftslandschaft.

work-Broschüre

Fremdenhass, Baracken, versteckte Kinder

Auf 48 Seiten dokumentiert und analysiert work die Zeit des Saisonnierstatuts und seine Folgen für die Zuwanderungspolitik der Schweiz.

Das work-Leseheft «Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder» zeigt linksseitig Texte und rechtsseitig Bilder. Die meist historischen Fotos sprechen Bände: Da warten 1956, kurz nach ihrer Ankunft in Brig, etwa hundert italienische Landarbeiter auf die grenzsanitarische Untersuchung. Einige sitzen, zwei diskutieren, alle tragen sie Kittel und Krawatte. Was wird sie in der Schweiz erwarten? Die Bilder legen eindrücklich Zeugnis ab von einer anderen Welt: der schweizerischen Realität unter dem Saisonnierstatut.

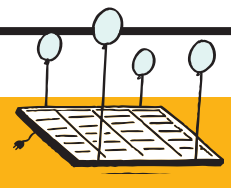
AM STADTRAND. Wie es wirklich war, berichtet im work-Reader auch Ex-Saisonnier Bruno Cannellotto. Er erzählt von der schweren Arbeit, den Schikanen der Patrons und der Polizei. Und den

«Die Schweiz hatte schon ein Ausländerproblem, bevor sie Ausländer hatte.»
PETER BICHSEL

Baracken: «Ja, sie haben schnell, schnell, Baracken aufgestellt. Vier Leute in einem Zimmer, viel zu wenige Duschen und WC. Die Firmen bauten ihre Baracken am Stadtrand, damit die Arbeiter die Leute in der Stadt nicht störten. Und weil sie dort weniger zahlen mussten für den Boden. In Zürich stand ein grosses Barackendorf am Leutschenbach, in der Nähe der heutigen Fernsehstudios. Die Arbeiter mussten jeden Morgen zwei Kilometer gehen, bis sie an die erste Tramhaltestelle beim Bahnhof Oerlikon kamen.» Und Aurora Lama, einst ein verstecktes Saisonnierkind, bricht ihr trauriges Schweigen. Ein Artikel dokumentiert, wie die «Jugos» in die Schweiz kamen. Ein anderer zeigt anhand der italienischen Küche, dass Einwanderung durch den Magen geht.

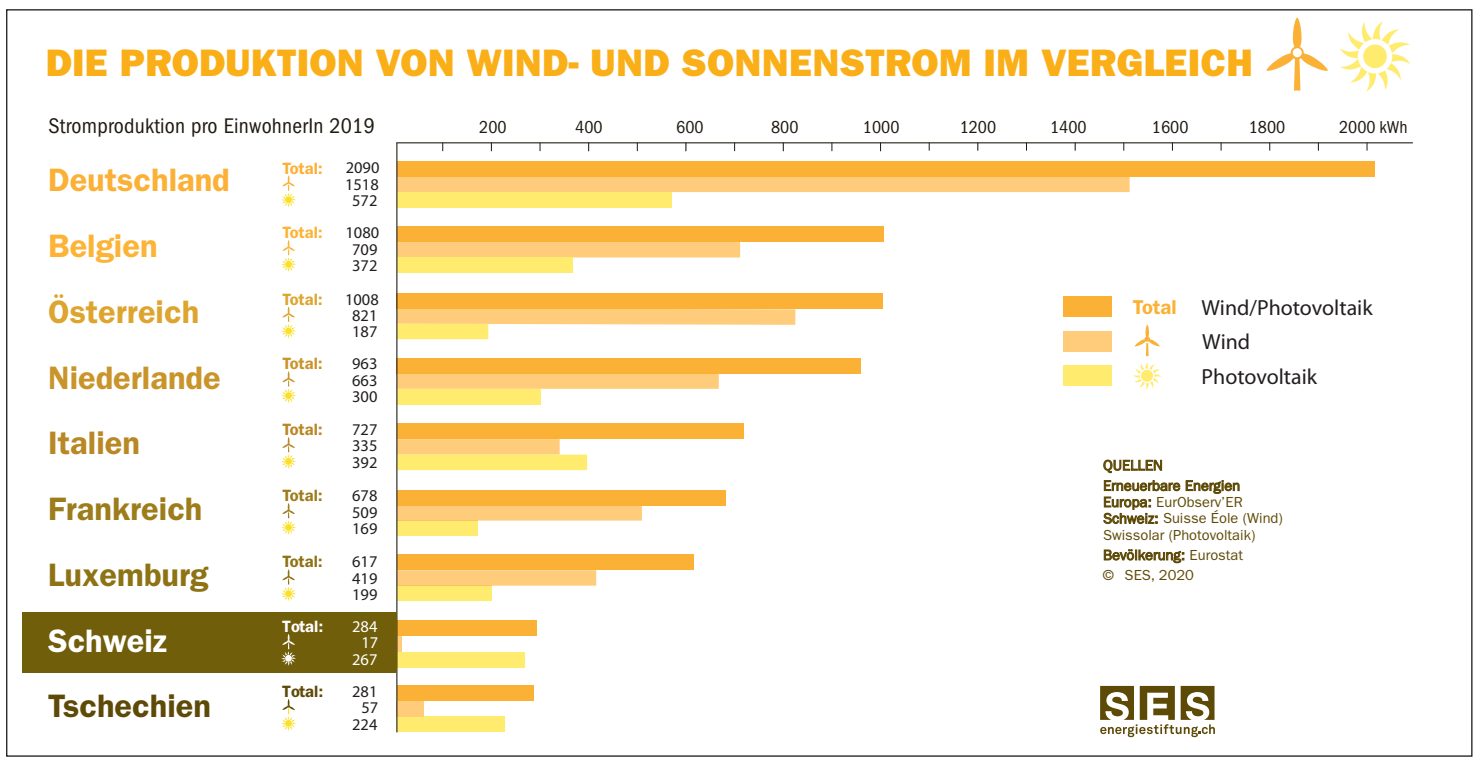
PETER BICHSEL. Das work-Leseheft liefert auch politische Analysen. Ex-SGB-Chef Paul Rechsteiner zeigt auf, wie die «Überfremdungs»-Ideologie eines James Schwarzenbach auch bei den Gewerkschaften punkten konnte und wie verheerend die Folgen für die Zukunft waren. work-Journalist Ralph Hug wandelt auf den Spuren der SVP-Politiker Christoph Blocher und Ulrich Schlüer. Sie waren einst glühende Verteidiger des Rassistenregimes in Südafrika und sind heute die grössten Feinde einer offenen Schweiz. Und im grossen Interview sinniert Schriftsteller Peter Bichsel über des «Schweizers Schweiz», über ein kleines Land, das schon «ein Ausländerproblem hatte, bevor es Ausländer hatte». (olf)

Das work-Leseheft ist auch online erhältlich:
rebrand.ly/work-leseheft.



Erneuerbare Energie: Die Statistik der Schande

Nur vier Länder in Europa produzieren noch weniger Energie aus neuen erneuerbaren Energien als die Schweiz. Weil das Bundesamt für Energie ein Wasserkraft-Stübli war, ist und bleibt. Dabei ist weltweit das Wettrennen zwischen Solar- und Windenergie in vollem Gang.



SCHLUSSLICHT: Die Schweiz ist bei der Stromproduktion von neuen erneuerbaren Energien heftig abgehängt. GRAFIK: SES

Die Deutschen produzieren pro Kopf der Bevölkerung 7 Mal mehr Energie aus neuen erneuerbaren Energien als die Schweiz. Und nur vier Länder in Europa produzieren noch weniger als wir. Und das nach 15 Jahren Moritz Leuenberger (SP), 10 Jahren Doris Leuthard (CVP) und 18 Monaten Simonetta Sommaruga (ebenfalls SP) als Energieministerinnen und -minister.

Das Bundesamt für Energie war, ist und bleibt ein ineffizientes Wasserkraft-Stübli. Anstatt voll auf alpine Solarenergie zu setzen, wurden viele frei fliessende Wildbäche mit Kleinwasserkraftwerken verbaut. Werke, die praktisch nur Sommerenergie liefern. Obwohl wir ein Winterloch haben. Gallus Cadenau, Motor der Greina-Stiftung, die unter anderem die Erhaltung der alpinen Fliessgewässer bezweckt, regt sich zu Recht über die viel zu hohen Subventionen auf.

FREIFLÄCHENANLAGEN. Die im internationalen Vergleich kleinen Schweizer Stromkonzerne produzieren heute im mehr oder weniger nahen Ausland 11,5 Milliarden Kilowattstunden Windstrom. Weil man einfacher bauen – und dank besseren Lagen – viel Geld verdienen kann. Das Ausland subventioniert unsere staatlichen und parastaatlichen Werke.

Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. Das hat uns die noch nicht überwundene Corona-Krise aufgezeigt. Wenn es eng wird, schauen alle für sich. Wer seinen Strom im Ausland produzieren und diesen in die Schweiz importieren will, braucht politisch ein Abkommen mit der EU und faktisch Miteigentumsanteile an Stromleitungen.

Oder aber wir produzieren in der Schweiz 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom selber, um auch die Atomkraftwerke umgehend abstellen zu können. Das geht zu vernünftigen Kosten nur mit Freiflächenanlagen vorab in den Alpen. Hier kann man, wie Davoser Testresultate belegen, mit einem Kilowatt Leistung fast 1000 Kilowattstunden Winterstrom produzieren. Dagegen wird aber der Chef der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Raimund Rodewald, Sturm laufen. Wir drehen uns also vorläufig noch im Kreis.

RIESEN-WINDMASCHINE. Weltweit ist das Wettrennen zwischen Solar- und Windenergie in vollem Gang. Der deutsch-spanische Windkonzern Siemens Gamesa bringt jetzt eine Offshore-Windmaschine mit 14 MW-Leistung auf den Markt. Offshore bedeutet, die 300 Meter hohen Anlagen werden im Meer stehen. Versuchen wir die Dimensionen zu erfassen.

10 000 KILOWATTSTUNDEN PRO PERSON: Wenn wir unsere Häuser mit Wärmepumpen heizen und kühlen, wenn wir voll auf elektrisch angetriebene Verkehrsmittel umsteigen, brauchen wir trotz allen Effizienzgewinnen pro Person absehbar 10 000 Kilowattstunden Strom pro Jahr. Gewerbe und Industrie inbegriffen.

STROM FÜR 7000 PERSONEN: Ein einziges Siemens-Gemesa-Monster produziert pro Jahr 70 Millionen Kilowattstunden Strom.

Wird Europa solche Riesen im Rahmen des angekündigten Green Deals fördern? Oder werden die Vogelfreundinnen und -freunde diese Brummer abschiessen? Das Rennen ist offen.

LINKS ZUM THEMA:

- **www. rebrand.ly/megabrummer**
Der Mega-Brummer von Siemens Gamesa beschäftigt das Kapital.

- **www.rebrand.ly/megabrummer2**
Wer abends auf der Kölner Domplatte ein kaltes Pils geniesst, wird von der Grösse des Kölner Doms fast erschlagen. Die Illustration (unten) macht klar, wie gross diese 14 MW-Maschine ist. Ihre 100 Meter langen Flügel bestreichen eine Fläche von mehr als 5 Fussballfeldern.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

INSERAT

Die Welt der Arbeit ist unser Bier. Auch in Corona-Zeiten unmaskiert.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Linkes Denknetz: Langsamer Abgang der Gründergeneration

Verjüngung ist angesagt

Im linken Thinktank «Denknetz» geht die Gründergeneration nach und nach in Pension. Jüngere rücken nach.

RALPH HUG

Er war schon bei der Gründung dabei. Nun geht Beat Ringger in Pension. Er macht Platz für einen neuen Geschäftsführer im «Denknetz», dem kritischen Thinktank der Schweiz. Ein Strategiewechsel sei mit seinem Abgang aber nicht verbunden, stellt er klar: «Wir sind nach einer Pionierphase konsolidiert und setzen auf Kontinuität.» Ringger ist nicht allein, auch Präsidentin Ruth Daellenbach hat ihren Rücktritt in Aussicht gestellt.

VON MARX BIS FRAUENSTREIK: Seit 16 Jahren organisiert das linke «Denknetz» Podien, Kongresse und Debatten, als Alternative zur neoliberalen Denkfabrik Avenir Suisse. FOTOS: DENKNETZ

ALTERNATIVE

Das «Denknetz» gibt es seit nunmehr sechzehn Jahren. 2003 fanden die ersten Debatten um einen Thinktank statt. Dieser sollte eine kritische Alternative zu den neoliberalen Denkfabriken wie Avenir Suisse bilden. Ein Jahr später stand das «Denknetz» als Debatten-Plattform verschiedenster sozialkritischer Kräfte. Heute zählt es rund 1600 Mitglieder. Diese zahlen nicht nur einen Jahresbeitrag, sondern sollen sich auch in den Regional- und Fachgruppen aktiv einbringen. Ringger spricht von einem Grassroots-Thinktank, der konsequent von unten nach oben aufgebaut sei: «Das gibt es fast nirgends auf der Welt.» Ebenfalls speziell: Das «Denknetz» erhält keine staatliche Unterstützung und lebt nur von den Mitgliederbeiträgen. Im Ausland können selbst linke Denkfabriken auf öffentliche Subventionen oder Gelder von potenten Stiftungen zählen.

Im August wird Pascal Zwicky zum neuen Geschäftsführer gewählt. Der 41jährige Medienwissenschafter hat das richtige Alter, um als Vermittler zwischen der abtretenden 68er und einer nachrückenden jungen Generation zu dienen. Zwicky sieht eine Herausforderung darin, neue Bewegungen wie den Klimastreik einzubinden. Zu work sagt er: «Wir wollen in unserem Forum die ganze Vielfalt der kritischen Positionen abbilden.»

PERSPEKTIVEN

Dabei denkt er auch ans postmigrantische Milieu, das bis jetzt eher schwach vertreten sei. Am professionellen Anspruch will der neue Geschäftsführer keine Abstriche machen. Das «Denknetz» soll weiterhin wissenschaftlich abgestützte Lösungen aus sozialkritischer Sicht einbringen. Wichtig ist ihm auch, dass Perspektiven über den Kapitalismus hinaus entworfen werden. Zuletzt machte das «Denknetz» durch zwei Kongresse unter dem Titel «Reclaim Democracy» in Basel und Zürich von sich reden. Die Debatten drehten sich um die Stärkung der Demokratie und das Recht aller Menschen auf dieser Erde auf ein gutes Leben. Soeben hat das «Denknetz» aus aktuellem Anlass ein Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag (siehe rechts) lanciert. Weitere Infos unter: **denknetz.ch.**

Im August wird Pascal Zwicky (41) zum neuen Geschäftsführer gewählt.

NACH CORONA:

REICHE SOLLEN ZAHLEN

In einem eben lancierten Plädoyer fordert das «Denknetz» nach der Corona-Krise einen Politikwechsel. Dieser soll auf den vier Pfeilern Care, Kooperation, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit beruhen. Die Pandemie-Krise habe gezeigt, dass wir starke öffentliche Dienste und Sozialwerke brauchten. Dafür fordert das «Denknetz» eine Rückverteilung des Reichtums, den sich eine winzige Minderheit in den letzten Jahrzehnten angeeignet hat. «Hohe Einkommen, Vermögen und Gewinne müssen weitaus stärker besteuert werden als heute», ist im Plädoyer zu lesen.

SOLIDARITÄTSSTEUER. Konkret soll es während zehn Jahren eine Solidaritätssteuer von mindestens drei Prozent auf hohen Finanzvermögen geben. Das ergäbe geschätzte dreissig Milliarden Franken. Die Hälfte davon soll in die Gesundheitsversorgung und den Klimaschutz in der Schweiz fliessen, die andere Hälfte in den globalen Süden. Zahlreiche Prominente wie alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, SP-Nationalrätin Tamara Funiciello oder der Schriftsteller Daniel de Roulet haben den Aufruf bereits unterschrieben.

www.denknetz.ch/care-gesellschaft

Gegenvorschlag zur Prämienentlastungs-Initiative:

Der Bundesrat trickst

Der Bundesrat ist gegen die Prämienentlastungs-Initiative. Und lanciert einen indirekten und mageren Gegenvorschlag.

CLEMENS STUDER

Die SP will, unterstützt von den Gewerkschaften, die Belastung der Menschen durch Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens beschränken. Das ist keine utopische Forderung. Schliesslich legte der Bundesrat selber Mitte der 1990er Jahre fest, dass die Haushalte höchstens 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für KVG-Prämien ausgeben müssen. Davon hat sich die Realität unterdessen weit entfernt. Heute bezahlen Gering- und Normalverdienende bis drei Mal mehr für die Krankenkassenprämien.

STEUERGESCHENKE

In den letzten 20 Jahren hat die Prämienbelastung der Haushalte real um 75 Prozent zugenommen. Und zwar nach Prämienverbilligungen! Dafür sind nicht bloss die steigenden Prämien verantwortlich, die seit dem Jahr 2000 um 120 Prozent gestiegen sind. Ein wesentlicher Grund für die unterdessen für viele Haushalte kaum erträgliche Prämienbelastung ist der stets sinkende Anteil der Prämienverbilligungen. Diese trugen vor 20 Jahren noch 12 Prozent an die Gesundheitskosten bei. Heute sind es nicht einmal mehr 6 Prozent. Verantwortlich dafür sind die bürgerlichen Mehrheiten in vielen Kantonen. Sie haben die kantonalen Beiträge an die Prämienverbilligungen zusammengestrichen. Zum Beispiel, um damit Steuergeschenke an Firmen und Reiche zu finanzieren. Seit einem Jahrzehnt sinkt der Anteil der Kantone an den Prämienverbilligungen.

Ursprünglich hätten Kantone und Bund jeweils die Hälfte der Prämienverbilligungen übernehmen sollen. Jetzt bezahlt der Bund mehr als 50 Prozent. Sein Beitrag ist im Unterschied zu den kantonalen fixiert. Und zwar auf 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung. Was der Bundesrat jetzt vorschlägt, ist also faktisch nichts anderes als die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. Dazu sollen auch die Kantonsbeiträge analog zum Bundesbeitrag an die Bruttokosten gekoppelt werden. Doch das ist zur wirklichen Entlastung der unter den Prämien ächzenden Haushalte ungenügend. Selbst wenn sich die Lage in den übelsten Prämienverbilligungs-Abbaukantonen wie etwa Bern etwas verbessern würde.

RECHTE REZEPTE

Die explodierende Belastung der unteren und mittleren Einkommen durch die Gesundheitskosten ist ein drängendes Problem. Im Gegensatz zu den fortschrittlichen Parteien und Organisationen wollen die rechten Parteien und die Wirtschaftsverbände die Versicherten noch mehr belasten – oder Leistungen streichen für die grosse Mehrheit, die nicht noch mehr selber an die Gesundheitskosten bezahlen kann. Das sind ihre «Rezepte». Dabei hat die Schweiz bereits heute einen unrühmlichen Spitzenplatz in Europa: Rund 30 Prozent der Gesundheitskosten bezahlen die Versicherten selber. Das führt unter anderem zur gefährlichen Entwicklung, dass Menschen nicht oder zu spät medizinische Hilfe suchen, weil ihnen das Geld für Selbstbehalte fehlt. Unterdessen betrifft das bereits 10 bis 20 Prozent der Versicherten jedes Jahr.

UNERTRÄGLICHE LAST: Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen ächzen unter den Krankenkassenprämien. BILD: SP

Arbeit auf Abruf:

Erfolg für Orsay-Aushilfen

Für die Zeit der Corona-Schliessung wollte die Modekette Orsay ihren Aushilfen nur gerade 3 Stunden Arbeit pro Woche zahlen. Doch diese wehrten sich.

CHRISTIAN EGG

Arbeitszeit: mindestens 3 Stunden pro Woche. So steht es im Arbeitsvertrag der Aushilfsverkäuferinnen der Modekette Orsay. Tatsächlich haben die Mitarbeiterinnen viel mehr gearbeitet. Bis zu 80 Prozent, je nach Bedürfnissen der Firma. «Arbeit auf Abruf» nennt man das. Dann kam Corona. Die 11 Orsay-Läden in der Schweiz mussten schliessen. Und die Aushilfen bekamen dicke Post vom Arbeitgeber: Für die Zeit der Schliessung bekämen sie nur die drei Stunden pro Woche ausbezahlt. Macht pro Monat etwas über 200 Franken. Denn nur dafür habe die Firma Kurzarbeit beantragt.

TRIUMPH: Orsay-Aushilfen erhalten ihren vollständigen Lohn. FOTO: PD

Doch das liessen sich die Verkäuferinnen nicht bieten. Gleich aus drei Regionen meldeten sich Betroffene bei der Unia. Rasch wurde klar: Das Vorgehen der Firma ist illegal. Denn 2018 hielt das Bundesgericht glasklar fest: Auch bei Arbeit auf Abruf darf der Arbeitgeber die Zahl der Stunden nicht von einem Tag auf den anderen zusammenkürzen. Mitarbeitende haben Anrecht auf den Durchschnittslohn der letzten 6 oder 12 Monate – je nachdem, welcher höher ausfällt.

Jetzt muss Orsay nachzahlen.

ZUSAMMEN GEHT'S BESSER

Die Unia intervenierte bei Orsay. Mit Erfolg: Nun haben die Aushilfen den korrekten Lohn erhalten – pro Mitarbeiterin macht das mehrere Tausend Franken.

Das freut auch Anne Rubin, bei der Unia für den Detailhandel zuständig. Denn für Arbeitende auf Abruf sei es besonders schwierig, sich zu wehren: «Viele haben Angst, dass sie dann keine Einsätze mehr bekommen und so ihr Einkommen verlieren.» Die Orsay-Aushilfen hätten deshalb alles richtig gemacht, als sie die Unia kontaktierten. Denn, so Rubin: «Wenn die Betroffenen kollektiv ihr Recht geltend machen, sind sie meist besser gegen Repressalien der Arbeitgeber geschützt.»

AUCH BEI MANOR

Auch Aushilfen bei Manor wandten sich kürzlich mit dem gleichen Problem an die Unia. Rubin: «Wir haben Manor ebenfalls aufgefordert, den Verkäuferinnen die Löhne rechtmässig auszuzahlen.» Eine Antwort steht allerdings noch aus.

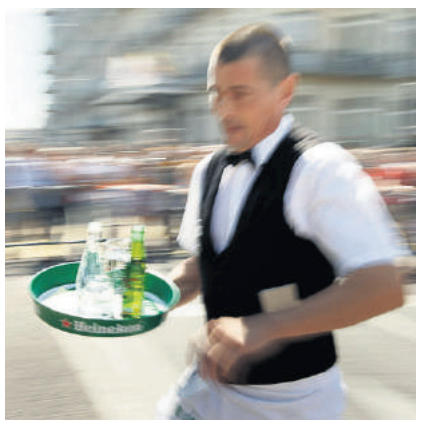
Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Risikogruppe: Muss ich trotzdem im Service arbeiten?

Ich arbeite als Serviceangestellter für ein Restaurant. Seit Ausbruch der Corona-Epidemie in der Schweiz hatten wir alle Kurzarbeit. Jetzt ist das Restaurant aber wieder geöffnet, und wir müssen wieder arbeiten gehen. Allerdings habe ich eine chronische Lungenkrankheit und gehöre deshalb zur Risikogruppe. Der Kontakt mit der Kundschaft beunruhigt mich. Muss ich wirklich wieder arbeiten gehen?

DAVID AEBY: Nein. Für Ihre Tätigkeit ist Homeoffice nicht möglich. Und als Serviceangestellter ist es kaum möglich, Sie vor zwischenmenschlichem Kontakt



SCHUTZ: Corona-Risikopatienten müssen nicht im Service arbeiten, erhalten aber den vollen Lohn. FOTO: KEYSTONE

zu schützen. Deshalb dürfen Sie die Arbeit verweigern und von Ihrem Arbeitgeber trotzdem den vollen Lohn verlangen (Art. 10 c Covid-2-Verordnung). Sie brauchen dazu aber ein ärztliches Attest, das Ihnen bescheinigt, dass Sie zur Risikogruppe gehören und Ihnen Ihre Arbeit deswegen nicht zumutbar ist. Dieses Attest müssen Sie Ihrer Chefin vorlegen. Ihre Firma hat ausserdem die Möglichkeit, für Sie weiterhin Kurzarbeit zu beantragen, weil Sie zur Risikogruppe gehören.

Fehlbetrag in der Kasse: Darf mir der Chef das Geld vom Lohn abziehen?

In der Kasse des Restaurants, in dem ich arbeite, fehlten gestern 500 Franken. Ich habe mit meiner Kollegin zusammen gearbeitet, und wir haben beide die Kasse bedient. Es war etwas hektisch, weil wir uns an die neuen Corona-Regeln gewöhnen mussten, und ich weiss nicht, weshalb die 500 Franken fehlen. Vielleicht haben wir Bestellungen doppelt eingetippt. Nun will der Chef uns beiden je 250 Franken vom Lohn abziehen. Darf er das?

DAVID AEBY: Gemäss Art. 321 e OR ist die Arbeitnehmerin für den Schaden verantwortlich, den sie absichtlich oder fahrlässig verursacht hat. Eine kleine Fahrlässigkeit (zum Beispiel beim Bedienen fallen gelassenes Geschirr) reicht aber nicht. Damit die Arbeitnehmerin haftbar gemacht werden kann, muss also ein Schaden vorliegen, den diese verursacht hat, und zwar mit einem gewissen Grad an Fahrlässigkeit. Im konkreten Fall ist schon mal nicht klar, ob überhaupt ein Schaden vorliegt. Sofern niemand das Geld aus der Kasse gestohlen oder Getränke verschenkt hat, sondern der Fehlbetrag nur durch mehrfaches Eintippen zustande gekommen ist, gibt es gar keinen Schaden. Ihr Chef müsste also nicht nur beweisen, dass ein Schaden vorliegt, sondern Ihnen zudem nachweisen können, dass Sie den Schaden durch eine Fahrlässigkeit verursacht haben (was schwierig ist, da es auch Ihre Kollegin gewesen sein könnte). Nur dann könnte er Ihnen den entsprechenden Betrag vom Lohn abziehen. Aber Ihnen und Ihrer Kollegin einfach je die Hälfte des Betrages abziehen, das darf er nicht.

Wenn der Lehrbetrieb in Konkurs geht

Im idealen Fall ein nahtloser

Die Firma pleite, die Lehrstelle weg. Was nun? work sagt, welche Rechte Sie als Lernende in diesem Fall haben und wie Sie eine Anschlusslösung finden.

MARTIN JAKOB

Kommt es in der Schweiz zu einer Pleitewelle? Noch sorgen Kurzarbeit, vom Bund verbürgte Kredite und verlängerte Zahlungsfristen dafür, dass sich auch weniger gut gestellte Firmen über Wasser halten können. Die Zahl der Firmenkonkurse hat deshalb im April sogar abgenommen. Doch schon in wenigen Monaten, wenn die Wirkung der Überbrückungshilfen verpufft, müsse mit einem massiven Anstieg der Firmenpleiten gerechnet werden, sagen Ökonomen und Inkassoexperten. Nicht alle Branchen sind gleichermassen gefährdet, doch wird es einige besonders hart treffen, die einen hohen Anteil Berufsleute in Ausbildung aufweisen. Etwa den Handel, die Gastronomie, die Baubranche.

ACHTUNG, SCHIEFLAGE

Meist tritt ein Konkurs nicht unvermittelt ein. Trifft Ihr Lehrlingslohn verspätet oder gar nicht mehr auf Ihrem Konto ein, müssen Sie handeln. Machen Sie Ihre Forderungen gegenüber der Firma mit einer schriftlichen, eingeschriebenen Mahnung geltend. Wenn die Firma sie freistellt, melden Sie sich sofort beim RAV für Arbeitslosenentschädigung an (siehe «Arbeitslosentaggeld»). Kann die Firma den Lohn nicht mehr zahlen, haben Sie bei Konkurs der Firma ausserdem Anspruch auf Insolvenzentschädigung für die letzten vier Monate des Arbeitsverhältnisses. Melden Sie sich sofort bei der kantonalen Arbeitslosenkasse. Diese entscheidet über die Insolvenzentschädigung. Deren Fachpersonen kennen die Formvorschriften und Fristen und werden Sie beraten.

KÜNDIGUNG

Im Unterschied zum unbefristeten Arbeitsvertrag kann ein Lehrvertrag nicht durch eine ordentliche Kündigung beendet werden. Nur wichtige Gründe berechtigen zur Auflösung des Lehrverhältnisses. Das kommt in der Praxis häufig vor: Etwa ein Viertel aller Lehrverhältnisse enden vorzeitig, weil sich der gewählte Beruf als unpassend erweist oder die auszubildende Person die Lernziele nicht erreicht. Der Zeitpunkt der Lehrvertragsauflösung kann in diesen Fällen einvernehmlich bestimmt werden. Auch der Konkurs gibt dem Lehrbetrieb das Recht, das Lehrverhältnis zu beenden, falls dies dazu führt, dass die Lehre nicht wie geplant beendet werden kann. Das gleiche Recht haben grundsätzlich auch Sie im Kon-

Bis zu drei Monate lang steht Ihnen die Berufsschule weiter offen.

kursfall. Lass Sie sich vorher unbedingt rechtlich darüber beraten, was Ihre Möglichkeiten sind, und sprechen Sie mit dem Berufsbildungsamt und dem Lehrbetrieb.

BEGRÜNDUNG UND ZEUGNIS

Die Firma muss Ihnen die Kündigung schriftlich zustellen und begründen. Die Berufsbildungsämter setzen dann zu Ihrer Akte den Code 310. Er steht für «Auflösung des Lehrverhältnisses aus wirtschaftlichen Gründen». Auch Ihre Eltern oder gesetzlichen Vertreter müssen informiert werden sowie die Berufsschule und das Berufsbildungsamt. Ausserdem haben Sie Anrecht auf ein Arbeitszeugnis.

ARBEITSLOSENTAGGELD

Für den Fall, dass es etwas länger geht, bis Sie eine Anschlusslösung finden, lohnt sich die Anmeldung bei der Arbeitslosenkasse. Haben Sie während mindestens 12 Monaten Beiträge bezahlt, erhalten Sie während maximal 200 Tagen ein Taggeld, das auf den Monat gerechnet 80 Prozent Ihres Lehrlingslohns entspricht. Die Auszahlung beginnt ohne Wartefrist mit dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit.

Haben Sie bei der Arbeitslosenkasse weniger als 12 Beitragsmonate, gibt es nur dann ein Taggeld, wenn Sie innerhalb der letzten 2 Jahre mehr als 12 Monate zur Schule gegangen sind und in den letzten 10 Jahren Wohnsitz in der Schweiz hatten. Allerdings beginnt die Taggeldzahlung erst nach 120 Wartetagen.

WORKTIPP

MEINE RECHTE VON A BIS Z

Lehrjahre sind besondere Jahre – auch arbeitsrechtlich. Schon beim Eintritt ins Berufsleben sollten Sie deshalb Ihre Rechte kennen. Die Gewerkschaftsjugend des SGB hat dazu die Broschüre «Ich kenne meine Rechte – Jugendrecht für Lernende von A bis Z» herausgegeben. Sie können sie gratis als PDF herunterladen oder den Schlagwortkatalog gleich online durchblättern.

www.gewerkschaftsjugend.ch/lehrlingsrechte/

WEITER ZUR SCHULE

Wenn Sie die Lehre in einem anderen Betrieb fortsetzen möchten, können Sie die Berufsschule und die überbetrieblichen Kurse (ÜK) mit dem Einverständnis des Berufsbildungsamtes bis zu drei Monate lang weiter besuchen – so lässt sich ein Unterbruch der theoretischen Ausbildung womöglich ganz vermeiden.

DIE STELLENSUCHE

Werden Sie aktiv – und suchen Sie Unterstützung! Zwar haben Sie bessere Chancen für eine An-

Der Körper braucht täglich seine Ration Salz. Wie viel? Welche Sorte?

Versalzen Sie sich Ihre Gesundheit

Einst war es rar und hiess darum auch weisses Gold, heute ist das Salz ein Billigartikel. Ein massiv zu hoher Konsum ist aber auf Dauer schädlich.

MARTIN JAKOB

Basilikum. Thymian. Majoran. Alles feine Gewürze, aber lebenswichtig sind sie nicht – Salz hingegen schon. Es kontrolliert den Wasserhaushalt im Körper, ist am Knochenaufbau beteiligt, aktiviert den Stoffwechsel und koordiniert die Reizübertragung von Muskel- und Nervenzellen. Zum Teil ist es fest in den Knochen gebunden, zum Teil fliesst es im Blut und im Gewebewasser – darum schmecken Schweiss und Tränen salzig.

WIE SCHÄDLICH? Etwa zwei bis drei Gramm Speisesalz benötigt ein erwachsener Mensch pro Tag. Eine Unterversorgung braucht niemand zu befürchten, der oder die normal isst – im Gegenteil. Denn viele Lebensmittel, die wir speisefertig einkaufen, enthalten Salz. Ein Gramm Salz ist zum Beispiel in einem Brötchen enthalten, in 20 Gramm Rohschinken, in 70 Gramm Greyerzer oder einem Deziliter Fertigsuppe. Auf Fertigprodukten ist der Salzgehalt deklariert. Allerdings kann auch der Natriumgehalt genannt sein. Mit 2,5 multipliziert, ergibt sich daraus der Salzgehalt.

Die Schweizer Bevölkerung konsumiert pro Kopf und Tag gut neun Gramm Salz. Nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist das zu viel. Sie empfiehlt einen Tageskonsum von maximal fünf Gramm. Eine salzreiche Ernährung kann zu erhöhtem Blutdruck führen – und damit steigt das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auch zwischen anderen gesundheitlichen Störungen und zu hohem Salzkonsum sind Zusammenhänge belegt – etwa zu Hirnschlag und Magenkrebs. Allerdings: Die einen Menschen sind «salzsensitiver» als andere und bekommen bei zu hohem Salzkonsum rascher Probleme als andere. Ausserdem spielt der individuelle Speiseplan eine grosse Rolle. Wer viel Kalium zu sich nimmt – es ist in Früchten, Gemüse und Hülsenfrüchten enthalten –, braucht sich weniger Sorgen zu machen, weil Kalium den

ALLTÄGLICH: Das feinkörnige Salz aus Schweizer Salinen.

Übermässiger Konsum von Salz begünstigt hohen Blutdruck.

Blutdruck senkt. Wer gesund ist, normalen Blutdruck hat, sich ausgewogen und oft mit Frischprodukten ernährt, muss sich also den Salzstreuer nicht verbieten: Es reicht, bei stark gesalzenen Produkten Mass zu halten. Hingegen ist die salzarme Diät bei Bluthochdruck oder bei Nierenproblemen eine häufig verordnete Massnahme.

FOTOS: ISTOCK

Anschluss

UNFREIWILLIGER UNTERBRUCH: Geht die Firma pleite, ist auch die Lehrstelle weg. FOTO: ISTOCK

schlusslösung im Vergleich mit Lernenden, die ihre Lehrstelle wegen eines Konflikts verlassen (siehe Text rechts). Trotzdem sollten Sie nicht unnötig Zeit verstreichen lassen:

- Melden Sie sich möglichst rasch beim Berufsinspektorat. Seine Fachpersonen kennen sich in den jeweiligen Branchen aus und können für Sie die Fühler ausstrecken. Die Berufsbildungsämter der Kantone sind verpflichtet, Sie bei der Lehrstellensuche zu unterstützen und Ihnen Alternativen zu vermitteln, falls sich im gewünschten Beruf innert der gebotenen Frist nichts finden liesse.
- Konsultieren Sie die Online-Lehrstellenportale **(www.berufsberatung.ch, www.yousti.ch).**
- Ihr Lehrbetrieb muss Sie bei der Stellensuche unterstützen. Sprechen Sie Ihre Lehrlingsbetreuerin darauf an.
- Informieren Sie Ihre Klassenkameradinnen in der Berufsschule – unter Umständen können sie Ihnen Kontakte zu anderen Lehrbetrieben vermitteln. Auch die Lehrpersonen der Berufsschule sind gewöhnlich gut vernetzt.
- Überlegen Sie sich, welchen Arbeitsweg Sie maximal auf sich nehmen wollen, und seien Sie in diesem Punkt kompromissbereit.

ERSATZ SUCHEN

GUTE CHANCEN

Sie waren in der Lehre gut unterwegs – und dann der Nackenschlag: Konkurs des Lehrbetriebs! Doch Ihre Chancen, eine Anschlusslösung zu finden, sind durchaus intakt, das bestätigen die Fachleute der angefragten Berufsbildungsämter. So sagt Sandra Kilchmann von der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung des Kantons Luzern: «Eine Anschlusslösung für solche Lernende ist einfacher zu finden. Sie befinden sich im Arbeitsprozess und sind, wenn sie dann noch ein gutes Arbeitszeugnis und gute Noten der Berufsfachschule vorweisen können, im Vorteil.» Das bestätigt Hans Jörg Höhener, Amtschef-Stellvertreter des Mittelschul- und Berufsbildungsamts des Kantons Zürich. Die Chancen stünden gut, «da ja die Auflösung des Lehrverhältnisses in diesem Fall weder an den Leistungen noch am Verhalten der Lernenden liegt».

CORONA-VORBEHALT. Und Simon Thiriet, Leiter Kommunikation im Erziehungsdepartement Basel-Stadt, hält fest, dass Lehrabbrüche generell in normalen Zeiten nur in wenigen Fällen dazu führten, dass Betroffene ohne Anschlusslösung dastünden. «Vor allem in den Fällen, deren Ursachen nicht in der Person des Lernenden zu suchen sind, finden die Jugendlichen zumeist rasch und unmittelbar eine Anschlusslösung.» Allerdings bringt er einen Corona-bedingten Vorbehalt an: «Unter Umständen wie in diesem Jahr können wir keine Prognosen machen.» (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

AUSSEN FIX, INNEN VERALTET: Ein Computer, dessen Software nicht regelmässig aktualisiert wird, bietet Angriffsflächen und ist weniger betriebssicher. FOTOS: ISTOCK, MONTAGE: WORK

Frühlingsputz für den Computer

Veraltete Programme auf dem Computer sind ein Sicherheitsrisiko. Mit diesen Wartungsprogrammen bringen Sie Ihren PC oder Mac auf den neuesten Stand:
Sehr benutzerfreundlich ist IObit Software Updater **(iobit.com).** Das Programm listet die Software auf dem Computer auf, die ein Update braucht. Klicken Sie einfach rechts neben dem jeweiligen Programm auf «Aktualisieren» – und das Update wird heruntergeladen und installiert. Nachteil: IOBit findet nicht alle Programme, die ein Update nötig haben.

TOOLS KOMBINIEREN. Deutlich mehr Programme findet die Wartungssoftware SUMo **(kcsoftwares.com/?sumo).** Nachteil: Die Programme lassen sich mit der Gratisvariante der Software nicht direkt updaten. Das würde 34 Franken kosten. Dank der Auflistung von SUMo wissen Sie aber, welche Programme ein Update benötigen. Den Rest können Sie von Hand erledigen: Meist gibt's im Menu des jeweiligen Programms die Funktion «Nach Updates suchen». Tipp: Kombinieren Sie die beiden Tools. Aktualisieren Sie mit IObit die wichtigsten Programme, dann den Rest von Hand mit SUMo.

Wartungsprogramme vereinfachen die Updates deutlich.

Für den Mac benutzen Sie am besten die Software Mac-Updater **(corecode.io/macupdater).** Auch sie listet veraltete Programme auf. Zehn lassen sich automatisch updaten – für mehr braucht's die Bezahlvariante (10 Franken) oder Handarbeit. MARC MAIR-NOACK

Mit welchen Zusätzen?

nicht

WELCHES SALZ? Salz besteht aus Natriumchlorid – ob es nun aus dem Meer geschöpft, aus Bergwerken abgebaut oder aus Salinen gewonnen wird. Das Kilo Schweizer Salz gibt's beim Grossverteiler für weniger als einen Franken. Doch im Regal stehen auch andere Salze. Das rötliche Steinsalz aus Pakistan, (Himalayasalz) etwa oder das Meersalz und seine Luxusvariante, das handgeschöpfte Fleur de sel. Preise: 10 bis 140 Franken pro Kilo. Aber auch wenn Gourmetköche gerne Fleur de sel verwenden: geschmacklich macht das kaum einen Unterschied. Das ergaben verschiedene Blindtests, unter anderem auch im «Kassensturz» von SRF 1.

EISENHALTIG: Das rötliche Himalayasalz.

HANDGESCHÖPFT: Das Meersalz «Fleur de sel».

UND DIE ZUSÄTZE? Das meiste herkömmliche Speisesalz ist mit Jod und Fluor angereichert. Denn zu wenig Jod stört die Funktion der Schilddrüse – ein Kropf kann entstehen. Weil Jod hauptsächlich in Fisch, Meeresfrüchten und Algen vorkommt, in Speisen also, die seltener auf den Tisch kommen, ist die Verwendung von jodhaltigem Salz eine gute Sache. Fluor dagegen ist ein etwas heikler Stoff: Zwar eignet es sich in geringer Dosis zur Kariesvorbeugung, ist aber eigentlich ein Zellgift und bei Überdosierung schädlich. Die Direktbehandlung der Zähne mit fluoridhaltiger Zahnpasta oder Zahngel ist effizienter und macht die Verwendung von fluoridhaltigem Speisesalz überflüssig.

DAS SALZREGAL

MONOPOL DER KANTONE

In der Schweiz dürfen die natürlichen Salzvorkommen nur von den Kantonen abgebaut werden. Sie sind gemeinsam Inhaber der Schweizer Salinen, verkaufen jährlich Salz für über 100 Millionen Franken und zahlen sich eine Dividende etwa in Höhe eines Zehntels des Bruttoerlöses aus. Wer Salz importieren will, braucht dazu eine kostenpflichtige Einfuhrbewilligung. Die Geschichte des Schweizer Salzabbaus lässt sich auf dem «Salzweg» bei Rheinfelden AG erkunden.
www.salz.ch/salzweg

Gesuchte Ferienwohnungen

Besser jetzt buchen

Sie möchten in der Schulferienzeit eine Ferienwohnung buchen? Mit diesem Wunsch sind Sie nicht alleine …

Auch wenn sich die Grenzen zu anderen Ferienländern demnächst öffnen, braucht es etwas Risikofreude, jetzt eine Auslandreise zu buchen. Gerade Familien mit schulpflichtigen Kindern werden deshalb dieses Jahr vermehrt Sommerferien in der Schweiz machen wollen. Am liebsten in einer Ferienwohnung. Deshalb ist die Nachfrage inzwischen gross: «Tatsächlich sind wir gut gebucht während der Schulferien», sagt Damian Pfister, Leiter Reka-Ferien, «es lohnt sich auf jeden Fall, möglichst bald zu buchen.» Denn man hat ja seine Favoriten und möchte noch auswählen können. Einen Anbieter wie den Ferienwohnungsspezialisten Reka zu berücksichtigen hat auch aus Sicherheitsgründen Vorteile: In seinen Anlagen setzt er ein detailliertes Schutzkonzept um.

Man möchte ja noch auswählen können!

ABSICHERN. Wer jetzt dennoch lieber Ferien in einer Reka-Anlage im Ausland buchen möchte, sollte dazu eine Annullationsversicherung abschliessen. Denn die Buchung kann nur kostenfrei storniert werden, wenn eine Anlage geschlossen wird und ein Aufenthalt unmöglich ist. Andere (Pandemie-) Risiken sind erst über die Versicherung gedeckt. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!

K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 9
Das Lösungswort lautete: ARBEITSALLTAG

	G	S				Z	F					A		N				B
	E	H	E	F	R	A	U		L	O	C	K	D	O	W	N		A
	O	R		E		E	R	H	O	E	H	T		K		E	N	G
	G	E	D	I	C	H	T		G		R		E	I	S	I	G	
O	R	K	A	N		L		B	O	L	O	G	N	A		G		G
	A		M		H	E	I	L	S	A	M		D		R	E	B	E
	P	A	P	I	E	R		A		U		N	E	B	E	N	A	N
C	H	E	F		R		R	I	E	C	H	E	N		U		U	I
		S		W	O	D	U	R	C	H		L		L	I	L	L	E
	S	E	R	I	E		D		K		E	K	L	I	G		A	
D	I	N		R		M	E	T	E	O	R	E		T		A	N	S
	M		K	R	A	U	L	E	N		N		H	A	E	N	D	E
	I	B	A	N		M		U		A	T	M	E	N		D		G
	L		D	I	V	I	D	E	N	D	E		G	E	R	E	D	E
R	E	G	I	S	S	E	U	R		E	N	T	E	I	G	N	E	N

DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Hans-Rudolf Wyss, Studen BE. Herzlichen Glückwunsch!

billiges Hotel			dumm	West-europäer Mz.	Verhalten			US-Gold-Lager: Fort ...	pinseln, streichen
... Sie zu Hause		7						Der Bund stellt 56 ... bereit	
auf diese Weise, derart			frz.: Genfersee: Le ...		Pflanzenkunde				
Fernkopie				8				Fluss im Freiamt (Kt. AG)	
					Frauenname		um Almosen Bittender		
sprechen		Kulthandlung		Balkonpflanze					
Erde ausheben							südam. Hochgebirge		Ölpflanze
				erlauben: ... Licht geben		betrachten			
sich befinden, existieren	Sitz ohne Lehne		werden wieder geöffnet					4	
Hochruf						Laubbaum		Reichtum in Überfülle	
			... papiers		vollpacken, befrachten				
Schicksal, Vorsehung		röm. Name von Sion							
Verlademaschine			5		Titelfigur bei Brecht †		eingeschaltet		
schweiz. Blätterteiggebäck		Gemeinde am Rheinfall (SH)						2	
	3								Ausweisdokument

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 5. Juni 2020

INSERAT

Violette Woche vom 8. bis 14. Juni

Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit – Jetzt erst recht!

Das fordern wir ein Jahr nach dem Frauen*streik vom 14. Juni 2019.
Die letzten Monate haben deutlich gezeigt: Frauen leisten einen Grossteil der Arbeit in essentiellen Branchen und garantieren die Grundversorgung der Schweiz.

Mach mit und kämpfe zusammen mit der Unia für deine Rechte!
Infos zur Aktionswoche: www.unia.ch/violett

UNIA

WORKLESERFOTO

Bald blüht die edle Pracht

WANN 5. Mai 2020
WO Heimiswil BE
WAS Regentropfen auf einer Pfingstrosen-Knospe
Eingesandt von Maria Kiener, Heimiswil

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORK 9 / 15.5.2020:
STATT SCHUTZ GAB'S DIE KÜNDIGUNG

Verstösse sollen viel kosten

Ich hoffe nur, dass das Gericht hier einmal Recht spricht. Die Firma müsste die Arbeitslosenkosten (einschliesslich der Kosten des RAV), sowie den Lohnausfall während der Arbeitslosigkeit plus eine Entschädigung für alle zusätzlichen Umtriebe übernehmen. Nur wenn solche Rechtsverstösse genug kosten, überlegen sich gewisse Leute, ob sie es überhaupt versuchen wollen!

ERICH HALLER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 9 / 15.5.2020:
WER KASSIERT UND WER VERLIERT

Mehr Hunger wegen Corona

Ich schätze ja das work sehr. In Sachen Corona wünschte ich mir aber einen etwas anderen Fokus. Zwar hat es gute Artikel wie jener «Wer kassiert und wer verliert». Aber was mir fehlt, ist der weltweite Fokus. Die Leidtragenden des weltweiten Lockdowns sind die Arbeiterinnen und Arbeiter und die kleinen Selbständigerwerbenden. Weltweit hat der Hunger massiv zugenommen. Im Radio war von einer Verdoppelung die Rede. Wenn man bedenkt, dass schon vor Corona tagtäglich 30 000 bis 40 000 Kinder an Hunger und Unterversorgung starben, dann befürchte ich, dass diese Zahl massiv zunehmen wird. Einerseits schützt der Lockdown Leben, andererseits sterben viele Menschen wegen des Lockdowns. Da muss man doch was dagegen tun bzw. das zumindest thematisieren!

MARIO GSELL, KALTBACH LU

WORKPOST

«Corona-Rebellion»: Aluhüte aller Glaubensrichtungen

Aufstand der Eingeschworenen

Der Lockdown ist keiner mehr. Doch ausgerechnet jetzt wittern Corona-Leugner und Verschwörungsgläubige Morgenluft. Und machen erneut mobil.

#Covidiots: Gemeinsam ist ihnen nur der Anti-Corona-Wahn.

DER MÄRTYRER

OH, DU MEINE GÜTE! In Gedenkveranstaltung mit den Corona-Leugnern erreicht [illegible] Kundgebung in Bern.

WORK 9 / 15.5.2020:
AUFSTAND DER EINGESCHWORENEN

Fragwürdige Zahlen

Ich bin empört über die Art, wie work über die Leute berichtet, die gegen die Corona-Massnahmen demonstrieren. Als altes Gewerkschaftsmitglied (das auch schon mal seinen Job für die Gewerkschaft riskiert und verloren hat) kann ich es nicht tolerieren, dass meine Gewerkschaft Unia Andersdenkende diffamiert. Die Demonstranten sind nicht einfach Spinner. Die Argumente, welche die Massnahmen und die damit verbundene Einschränkung der demokratischen Rechte übertrieben und inakzeptabel finden, sind nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern stützen sich auf Aussagen von Spezialisten und Professoren. Aber die Leitmedien versagen bezüglich ihrer demokratischen Aufgabe, kritisch und ausgewogen zu berichten. Sie publizieren kritische Meinungsäusserungen schlichtweg nicht. Dagegen operieren sie bedenkenlos mit fragwürdigen Zahlen von Ansteckungen und Toten und vermeiden den Vergleich mit vergangenen Grippewellen, die jährlich schon immer Tausende Tote gefordert haben.

BENNO GUBLER, UNIA-MITGLIED UND CORONA-DEMONSTRANT

Absurde Vorstellungen

Danke work für diesen interessanten und witzig geschriebenen Artikel. Ich verstehe die absurden Vorstellungen dieser Leute nicht. Aber noch weniger verstehe ich, wie sie sich so bedenkenlos treffen können, wo doch jetzt alle wissen sollten, dass Corona nicht einfach eine «normale Grippe» ist.

LUISE HUWYLER, PER MAIL

WORK 9 / 15.5.2020: SCHWEDEN:
VON WEGEN VORZEIGEMODELL!

Schweden-vergleich hinkt

Die Schwedenflagge im work stach mir ins Auge. Interessiert las ich den Artikel und wurde leider enttäuscht. Ich dachte bis anhin, work recherchiere unabhängig und kritisch. Im konkreten Fall hat work es wohl aber auf Schweden abgesehen, weil es seine Bevölkerung nicht unterdrückt? Egal, die Zahlen von Covid-19 sind eh schwer zu deuten, da jeder Staat anders zählt. Jetzt aber nur die Schweiz mit Schweden zu vergleichen und mit Zahlen von Norwegen, Finnland und Dänemark zu unterstreichen, erscheint mir ein bisschen unfair. Schauen Sie doch mal auf Belgien und die Niederlande, diese Zahlen relativieren diese aus Schweden wieder, oder? Zudem werden die Spätfolgen meines Erachtens in Schweden nicht so krass sein wie anderswo. Denn die Gesellschaft wird sicherlich weniger psychische Folgen verspüren, die durch die Isolation und die Existenzängste hervorgerufen werden. Die Verbreitung des Coronavirus ist übrigens dort am stärksten, wo viele Menschen aufeinandertreffen. Die Ballungszentren mit schlechter Luftqualität wie Madrid, Paris oder auch New York. Das wäre doch ein Anreiz, etwas gegen den Klimawandel zu tun.

MICHEL RITTER, PER MAIL

Wir wissen noch zu wenig

Bis heute weiss man relativ wenig über den Coronavirus. Das zeigen auch die unterschiedlichen Meinungen dazu. Der Virus wird zirkulieren, bis ein Impfstoff auf dem Markt ist (1 bis 2 Jahre) oder eine Herdenimmunität eintritt. So könnte die schwedische Lösung durchaus auch ein Weg sein. Ich habe seinerzeit (1969/70) in Deutschland die Hongkong-Grippe mitbekommen. Das war dazumal kaum ein Thema, mangels Internet. Die Grippe musste durchgeseucht werden, mit vielen Toten. Dies einfach als Gegenüberstellung. Die Gefahr besteht einfach, dass vom Volk verlangt wird, das Gehirn auszuschalten. Siehe z.B. Demoverbote die zum Teil unverhältnismässig sind. Wenn sich gewisse Leute privat nicht an die Vorgaben halten und nicht angezeigt werden, wieso soll dann die Meinungsäusserung an einer Demo verboten werden? Die Abstandsregeln dienen als Ausrede, sind diese doch auch in Europa nicht einheitlich.

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

WORK 8 / 30.4.2020: NICHT ALLE
SITZEN IM GLEICHEN BOOT

Grosses Lob

Die work-Zeitung enthält viele interessante Beiträge zur aktuellen Situation. Ein grosses Lob für «Nicht alle sitzen im gleichen Boot. Corona macht die Klassenunterschiede deutlich». Ich finde es sehr wichtig, dass dieser Aspekt in den Medien lauter benannt wird. Nicht nur in gewerkschaftlichen oder/und linken Organen!

ROSEMARIE IMHOF, ALLSCHWIL BL

Unsensibler Umgang

Mit grossem Interesse lese ich jeweils «Die Zeitung der Gewerkschaft». Nebst pointierten Artikeln interessieren mich die Wortmeldungen der Unia-Mitglieder. Ich selber bin nicht Mitglied der Unia, aber unser Sohn. Ich bin als Arbeitgeber sehr stark mit den Leitplanken unserer Gesamtarbeitsverträge konfrontiert und schätze grundsätzlich die klaren Regelungen, auch wenn der Dschungel der geforderten Gerechtigkeiten ab und an arbeitnehmerunfreundlich, unflexibel und demzufolge alles andere als sozial ist.
Nun ist mir aber beim Lesen der aktuellen Ausgabe der work-Zeitung doch der Kragen geplatzt. Auf Seite 11 ist das Gemälde von Kaspar Memberger «Einzug der Tiere in die Arche Noah» abgebildet. Sie haben diese Szene als Märchen betitelt. Das Gemälde beschreibt die Geschichte in der Bibel 1. Mose (Genesis) Kapitel 7. Diese Geschichte als Märchen zu bezeichnen empfinde ich als bekennender Christ als eine Beleidigung der Bibel. Ich fühle mich in meinem Empfinden dem Wort Gottes gegenüber verletzt. Diese Geschichte einfach als Märchen zu betiteln zeugt von einer unsensiblen Herangehensweise an das Thema. Wenn diese Geschichte schon als Vergleich in dieser Situation (Corona) herangezogen wird, was an sich schon ziemlich fragwürdig ist, erwarte ich wenigstens, dass man sich mit der Geschichte auseinandersetzt.

AARON ZURBRÜGG, PER MAIL

WORK 9 / 15.5.2020: DIE BRIEFTRÄGERIN UND DIE RISIKOPRÄMIE

Die Post gehört uns allen!

Es ist Zeit, dass ihr euch massiv mit der Post anlegt. Die Post gehört uns, allen Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Staates, unser Service public, den wir uns leisten für unsere Gemeinschaft. Die Post muss keinen Gewinn abwerfen! Selbsttragend reicht. Die Post ist kein Klimperspielzeug für geile Manager oder Chef-Exekutions-Offiziere! Feuer frei! Fertig damit!

PAUL DORN, ZUREICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an
Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

WIR HABEN UNSERE LEKTION GELERNT

Hätte James Schwarzenbachs «Nationale Aktion» 1970 mit ihrer «Überfremdungsinitiative» gewonnen, wäre ich heute nicht hier. Meine Eltern kamen aus Italien in die Schweiz zum Arbeiten. Über 300 000 Menschen wie sie wollte Schwarzenbach aus der Schweiz ausweisen. Die verbleibenden ausländischen Arbeitskräfte hätten ein Schattendasein am Rande der Gesellschaft gefristet – ohne Familie, ohne Chancengleichheit, ohne Recht, ihren Arbeitsplatz zu wählen.

Schwarzenbach spielte skrupellos mit der Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Wunsch nach Anerkennung und einem anständigen Lohn von vielen frustrierten Schweizerinnen und Schweizern. **Statt aber die dafür Verantwortlichen zu benennen – die Kapitalisten und ihre politischen Parteien –, lenkte er Ängste und Frustrationen um. Auf die Saisonniers.** Sie, die die Schweiz bauten und dennoch nur in kalten, engen Baracken irgendwo am Stadtrand hausen mussten, machte Schwarzenbach zum Sündenbock. Ein grosser Teil der Arbeitnehmenden und sogar Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter glaubten ihm und trugen zu den 46 Prozent Ja-Stimmen bei.

Seither hat sich einiges geändert. **Die Gewerkschaften haben die Abschaffung des Saisonnierstatuts und der Barackenghettos erkämpft.** Die Personenfreizügigkeit stärkt die Rechte eines Teils der Arbeitnehmenden ohne Schweizer Pass. Für viele von ihnen ist die Schweiz zur Heimat geworden. Auch für mich.

Tempi passati, also? Leider nein! Auch heute noch sind die Unternehmen in erster Linie an billigen und flexiblen Arbeitskräften interessiert. Lohndumping, prekäre Arbeitsbedingungen, Diskriminierungen und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Und wie damals versucht eine fremdenfeindliche Partei, davon zu profitieren.

Heute spielt diese infame Rolle die SVP. Ihre «Kündigungsinitiative» will die Personenfreizügigkeit und damit die Rechtsgleichheit für über eine Million Arbeitnehmende abschaffen. **Die SVP will zurück zur diskriminierenden Kontingentspolitik.** Alt-Parteipräsident Toni Brunner will selbst das unmenschliche Saisonnierstatut – die Schweizer Variante der Apartheid – wieder einführen, es sei ein «sehr gutes System», sagt er.

Wie Schwarzenbach richtet auch die SVP ihre Propaganda gegen «die Ausländer». Allerdings, so betonen ihre Exponenten immer wieder, soll die Wirtschaft auch in Zukunft alle benötigten Arbeitskräfte bekommen. **Es geht ihnen gar nicht um mehr oder weniger Einwanderung. Sie wollen die Arbeitnehmenden spalten und die Gewerkschaften schwächen.** Sie wollen die Löhne drücken, die Gesamtarbeitsverträge abschaffen.

Milliardäre wie die Blochers – ob Vater oder Tochter – haben unsere hart erkämpften Rechte und Massnahmen zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen nie akzeptiert. Jetzt versuchen sie, sie erneut mit einer Sündenbock-Kampagne gegen «die Ausländer» abzuräumen. Sie wollen von wirklichen Problemen ablenken: von Lohndumping, schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitgeberwillkür. Und von ihrem eigenen, schrankenlosen Profitdenken, das uns allen schadet.

Wir Gewerkschaften haben unsere Lektion gelernt. Sie heisst: «Solidarität». Nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle, unabhängig von unserer Herkunft, sind wir stark. **Wir lassen uns diesmal nicht spalten. Dafür steht die Unia ein.** Das garantiere ich. Denn ich bin immer noch hier.

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA

FOTOS: KEYSTONE, PETER MSOIMANN

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Vania Alleva, Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Niklas Franzen, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.